



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Wirtschaft im Wandel

10/2000

02.08.2000, 6. Jahrgang

Aktuelle Trends

Arbeitskreis Konjunktur

Konjunktur 2000 und 2001:

Wechsel der Auftriebskräfte stabilisiert
starke Produktionsdynamik in Deutschland

Silke Tober

Europäische Geldpolitik: Auf neutralem Kurs

Jürgen Kolb

Inflexibilitätseffekte der Geringfügigkeitsgrenze
auf dem Arbeitsmarkt

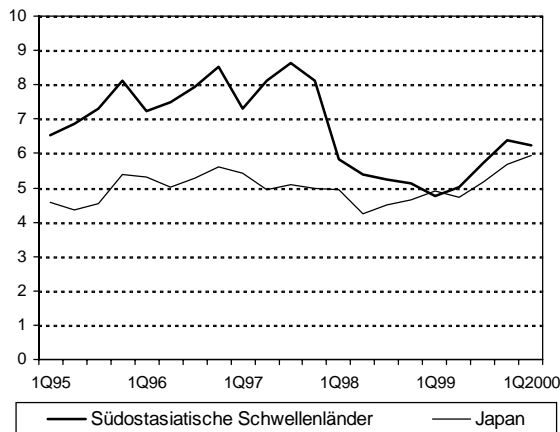
Brigitte Loose

IWH-Bauumfrage im Juni 2000

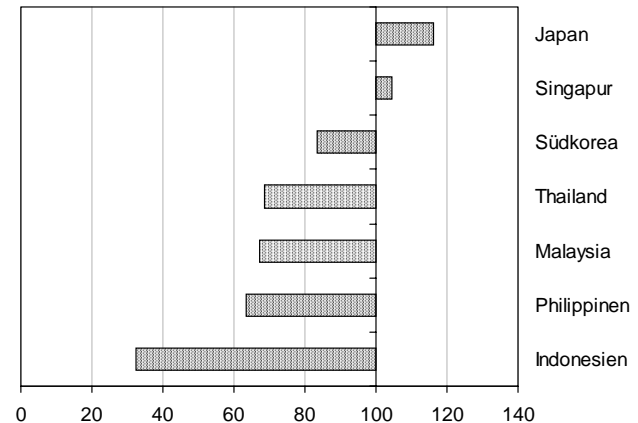
Exporte aus Deutschland nach Südostasien holen wieder auf

Warenausfuhr Deutschlands nach Südostasien und nach Japan

Quartalswerte (Spezialhandel)
- in Mrd. DM -



1. Quartal 2000 im Vergleich zum Vorkrisenniveau
- 3. Quartal 1997=100-



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Im Sog der Krisen in Südostasien und Japan erfuhr die deutsche Wirtschaft 1998 einen heftigen Rückschlag in ihrem Bemühen, auf dem asiatischen Markt verstärkt Fuß zu fassen. Die Warenausfuhr in die von den Turbulenzen unmittelbar betroffenen Länder^a ging drastisch zurück, im Jahr 1998 gegenüber dem Jahr zuvor um fast ein Drittel. Auch nach Japan wurden wesentlich weniger Waren geliefert als noch im Jahr 1997 (-10,6 %). Maßgeblich für diese Entwicklung war einerseits der massive Produktions- und Nachfrageeinbruch in den Krisenländern, der einen erheblichen Rückgang ihrer Importe zur Folge hatte. Andererseits führte die zum Teil dramatische Abwertung der Währungen zu einem vorübergehenden Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exportprodukte.

Erst mit der allmählichen Erholung der Volkswirtschaften in Südostasien und der teilweisen Überwindung der Währungsschwächen haben die Warenexporte aus Deutschland dorthin wieder kräftig zugelegt. Bereits 1999 nahmen sie mit 1,5 % gegenüber dem Vorjahr zu, nach Japan erhöhten sie sich um knapp 12 %. Im Jahr 2000 setzt sich dieser positive Trend fort. Im ersten Quartal expandierten die Warenlieferungen sowohl in die südostasiatischen Schwellenländer (+32,3 %) als auch nach Japan (+21,1 %) mit zweistelligen Zuwachsraten. Allerdings ist mit dieser Entwicklung das Ausfuhrniveau vor Ausbruch der Krisen bisher nur im Fall von Japan und Singapur erreicht. Insgesamt wird die Exportkonjunktur in Deutschland durch die Belebung der Asien-geschäfte jedoch gestärkt.

Ingrid Haschke
(ihk@iwh-halle.de)

^a Zum Kreis der Krisenländer werden hier Indonesien, Malaysia, Singapur, Philippinen, Thailand und Südkorea gezählt.

Konjunktur 2000 und 2001: Wechsel der Auftriebskräfte stabilisiert starke Produktionsdynamik in Deutschland

Der Aufschwung in der Weltwirtschaft hat sich beschleunigt. In den USA gibt es zwar erste Anzeichen für eine Abschwächung der Konjunktur, das Expansionstempo bleibt aber kräftig. Für den Euroraum hat die Zentralbank bereits die geldpolitischen Zügel gestrafft, und sie dürfte nunmehr einen neutralen Kurs erreicht haben. Die konjunkturelle Dynamik gewinnt an Stärke, bleibt jedoch noch deutlich hinter dem Produktionszuwachs in den USA zurück.

Die kraftvolle zyklische Aufwärtsbewegung hat auch Deutschland erfasst. Sie folgt hier dem bekannten Muster: Getrieben vom hohen Tempo der Ausfuhr springt der konjunkturelle Funke auf die Anlageinvestitionen über. Mit der steigenden Produktion nehmen die Beschäftigung und die Einkommen zu. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte ziehen nach. Das konjunkturelle Muster wird im Prognosezeitraum von der Wirtschaftspolitik – insbesondere von den für 2001 vorgesehenen und hier unterstellten steuerlichen Reformmaßnahmen – verstärkt.

Begünstigt von der Aufhellung des weltwirtschaftlichen Umfeldes sowie vom Kursrückgang des Euro gegenüber dem US-Dollar expandiert die Ausfuhr aus Deutschland sogar kräftiger als noch vor einigen Monaten erwartet. Mit der leichten Dämpfung der Weltkonjunktur infolge der erwarteten zyklischen Abkühlung in den USA und der damit verbundenen Festigung des Euro werden die Impulse aus dem Ausland allerdings schon Ende dieses Jahres etwas nachlassen. Der Zuwachs der Exporte aus Deutschland wird jedoch mit 7,3 % im Jahr 2001 nach 11,5 % in diesem Jahr kräftig bleiben, und auch von der Außenwirtschaft insgesamt wird wegen des hinter der Exportdynamik zurückbleibenden Importanstiegs ein spürbarer Anstoß ausgehen.

Der exportgeleitete Aufschwung hat die Investitionstätigkeit beflügelt. Die Neuanschaffung von Ausrüstungen und sonstigen Anlagen expandiert zusammengekommen mit 9,7 % in diesem und 8,8 % im nächsten Jahr schwungvoll. Hier regen nicht nur die außenwirtschaftlichen Auftriebskräfte an, sondern es hält auch das hohe Tempo der Modernisierung der Unternehmen im Bereich der

Tabelle 1:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland 2000 und 2001

	1999	2000	2001
	<i>reale Veränderung geg. dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	2,1	2,0	2,7
Staatskonsum	0,2	0,7	0,7
Anlageinvestitionen	2,3	4,4	4,5
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	5,6	9,7	8,8
Bauten	0,0	0,4	0,9
Letzte inländische Verwendung	2,2	2,0	2,7
Exporte	4,2	11,5	7,3
Importe	7,1	8,3	6,7
Bruttoinlandsprodukt	1,5	3,0	2,9
Westdeutschland	...	3,0	2,9
Ostdeutschland	...	2,5	2,9
Nachrichtlich: Euroraum	2,3	3,4	3,2
	<i>Veränderung geg. dem Vorjahr in %</i>		
Tariflöhne je Stunde	2,7	2,2	2,3
Effektivlöhne je Stunde	2,2	2,4	2,3
Lohnstückkosten ^a	1,2	-0,9	-0,1
Preisindex für die Lebenshaltung	0,6	1,6	1,3
	<i>in 1.000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	36.106	36.319	36.558
Westdeutschland	29.921	30.236	30.483
Ostdeutschland	6.185	6.083	6.075
Arbeitslose ^c	4.099	3.850	3.500
Westdeutschland	2.755	2.480	2.170
Ostdeutschland	1.344	1.370	1.330
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	10,2	9,6	8,7
Westdeutschland	8,4	7,6	6,6
Ostdeutschland	17,9	18,4	18,0
	<i>in % des BIP</i>		
Defizitquote des Staates	1,1	-0,9 ^e	1,3

^a Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland) – ^e Mit Erlösen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen ergibt sich ein Überschuss von 36,5 Mrd. DM. Ohne diese Erlöse ergäbe sich ein Defizit und die Defizitquote läge im Jahr 2000 bei 1,1 % des Bruttoinlandsprodukts.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Informations- und Kommunikationstechnologien über den Datumssprung zum Jahr 2000 hinaus an. Von der Unternehmenssteuerreform wird hingegen keine direkte Anregung der Investitionstätigkeit erwartet. Insgesamt werden die Sachanlagen der Unternehmen etwas schwächer ausgeweitet als die Ausrüstungen, da der Wirtschaftsbau wegen des noch geringen Anteils der bauintensiven Erweiterungsinvestitionen nur langsam Fahrt aufnimmt. Zudem wirkt der anhaltende Kapazitätsabbau in Ostdeutschland einer stärkeren Expansion entgegen. Langsamer noch als der Wirtschaftsbau wird der Wohnungsbau vom konjunkturellen Aufschwung erfasst. Die Einkommenserwartungen der privaten Haushalte haben sich zwar gefestigt, sie tragen jedoch zunächst „nur“ zur Beibehaltung des hohen Gewichts vom Wohneigentümerwerb in ihren Ausgabeplänen bei; außerdem sind die Renditeaussichten der Vermieter weiterhin zu schwach, um vor dem Hintergrund des hohen Versorgungsgrades mit Wohnungen stärkere Bauaktivitäten auszulösen. Auch hier dämpft die noch rückläufige Nachfrage in Ostdeutschland die Investitionen in Deutschland insgesamt. Infolge des Konsolidierungskurses des Staates werden die öffentlichen Bauinvestitionen trotz der noch deutlichen Rückstände bei der Infrastruktur in Ostdeutschland und der sich – nach Jahren rückläufiger Investitionstätigkeit – allmählich aufstauenden Nachfrage in Westdeutschland nur leicht zulegen. Insgesamt werden die Bauinvestitionen in Deutschland in diesem Jahr die Talsohle nur zögerlich verlassen und erst im Jahr 2001 etwas deutlicher mit 0,9 % zunehmen.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte werden im weiteren Verlauf dieses und vor allem im kommenden Jahr an den konjunkturellen Aufschwung ankoppeln. Wie in solchen Konjunkturphasen üblich, halten sich die privaten Haushalte trotz deutlich steigender Realeinkommen und zunehmender Beschäftigung mit den Konsumausgaben zunächst zurück. Der entscheidende Schub kommt im Jahr 2001 von der dritten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes, die in Verbindung mit der Unternehmenssteuerreform vorgezogen werden soll. Die Nettoerwerbseinkommen werden vor allem infolge der Erhöhung des Grundfreibetrages und der spürbaren Senkung des Eingangsteuersatzes so stark wie lange nicht expandieren, und auch

die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen werden von der Reform profitieren. Bei leichter Abschwächung des Preisauftriebs und geringfügig steigender Sparneigung werden die privaten Konsumausgaben im Jahr 2001 real mit 2,7 % beschleunigt zunehmen, nach 2 % in diesem Jahr.

Mit der Verlagerung der konjunkturellen Impulse von der Auslands- zur Inlandsnachfrage ändern sich zwar die Auftriebskräfte für die gesamtwirtschaftliche Produktion, ihr Anstieg wird jedoch insgesamt stark bleiben. Im Jahr 2000 wird die exportinduzierte Produktionsdynamik mit 3 % im Jahresdurchschnitt ihren bisher höchsten Zuwachs nach der deutschen Vereinigung erreichen. In den ersten beiden Quartalen des kommenden Jahres wird der Schub beim Konsum der privaten Haushalte an die Stelle der nachlassenden Anstöße vom Export treten und vorübergehend sogar für eine leichte Kräftigung des Produktionsanstiegs sorgen. Im Jahresdurchschnitt 2001 wird das Bruttoinlandsprodukt um 2,9 % zunehmen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland wird dann zu dieser Dynamik aufschließen, nachdem sie in diesem Jahr mit 2½ % nochmals zurückbleibt.

Bei sinkenden Lohnstückkosten in diesem Jahr und etwa gleichbleibendem Stand im Jahr 2001 werden die Unternehmen ihre Wettbewerbsposition festigen und im Zuge der kräftigen Produktionsausdehnung neue Arbeitsplätze schaffen. Die Produktivitätssteigerung wird sich nach 3 % durch eine erhöhte Auslastung der Kapazitäten in der Anfangsphase des Aufschwungs schon im Verlauf dieses Jahres etwas verlangsamen. Die Beschäftigung nimmt – gestützt durch die Zurückhaltung bei den Lohnanhebungen – deutlich zu. Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland wird im Jahr 2000 um 213.000 Personen und im Jahr 2001 um 239.000 Personen größer als im jeweiligen Vorjahr sein. Die merkliche Besserung am Arbeitsmarkt findet jedoch nur in Westdeutschland statt. In Ostdeutschland bleibt die Lage angespannt. Das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit droht sich weiter zu verfestigen.

Der Aufschwung verläuft im Prognosezeitraum spannungsfrei. Die Preissteigerung bleibt trotz des ölpreisinduzierten Schubs deutlich unter 2 % und wird im Jahr 2001 wieder abflachen. Dazu tragen

insbesondere die moderaten Lohnabschlüsse in Deutschland bei. Nach der bereits erfolgten Zinsstraffung durch die EZB besteht derzeit kein geldpolitischer Handlungsbedarf.

Die Finanzpolitik wirkt im laufenden Jahr neutral. Im Jahr 2001 ist hingegen ein deutlich expansiver Impuls durch das Steuerreformpaket zu erwarten. Neben der leicht gelockerten Ausgabenpolitik ist dafür vor allem die deutliche Entlastung bei der Lohnsteuer maßgeblich. Simulationsrechnungen mit dem makroökonomischen Modell des IWH zeigen, dass der aus der Steuerreform resultierende Effekt im Jahr 2001 nachfrageseitig eine Erhöhung des Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 0,8 Prozentpunkten impliziert. In den darauffolgenden Jahren lässt der Effekt nach. Die vorgesehene Reform der Unternehmensbesteuerung ist jedoch auch mit einem Systemwechsel verbunden. Außerdem ist eine Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen vorgesehen. Die damit neu gesetzten steuerlichen Anreize werden deshalb die Produktionsentwicklung von der Angebotsseite vor allem mittelfristig beeinträchtigen.

Anders als bei der Unternehmenssteuerreform steht die Diskussion um eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung noch am Anfang. Grundsätzlich bietet sich zur Sicherung der intergenerativen Lastenverteilung eine Absenkung des Rentenniveaus, eine Ausweitung des Kreises der Beitragszahler oder eine Erhöhung der Vorsorgeaufwendungen seitens der Beitragszahler an. Die gegenwärtigen Pläne der Regierung beinhalten eine Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus und eine Erhöhung der Aufwendungen zur privaten Altersvorsorge. Dies geht grundsätzlich in die richtige Richtung, auch wenn einige Punkte kritisch zu beurteilen sind. Letztendlich sollte bei einer Rentenreform, die langfristig Bestand haben muss, darauf geachtet werden, dass ein breiter, parteiübergreifender Kompromiss geschaffen wird.

Internationale Konjunktur

Weltwirtschaft im Aufschwung

Das Expansionstempo der Weltwirtschaft hat sich seit dem Sommer des vergangenen Jahres deutlich erhöht. So stiegen Nachfrage und Produk-

tion in den südostasiatischen Schwellenländern kräftig, und in den mittel- und osteuropäischen Reformländern gewann die wirtschaftliche Expansion – vor allem im Gefolge der wieder anziehenden Konjunktur in den westeuropäischen Volkswirtschaften – an Schwung. In Lateinamerika konnte die Rezession mit wenigen Ausnahmen überwunden werden.

In den USA hat sich der konjunkturelle Aufschwung im ersten Quartal dieses Jahres zwar etwas abgeschwächt, das Tempo der Expansion blieb aber weiterhin hoch. In Japan weisen die neuesten Konjunkturdaten auf eine kräftige Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im Frühjahr hin, und in den westeuropäischen Volkswirtschaften hat sich – verstärkt durch die Exportnachfrage – insgesamt eine kräftige Aufwärtstendenz durchgesetzt.

Im späteren Verlauf dieses Jahres ist in den Industrieländern mit einer leichten Abschwächung der konjunkturellen Expansion zu rechnen. Maßgeblich dafür ist, dass in den USA die Produktionsausweitung in diesem und im nächsten Jahr infolge der monetären Dämpfung durch die wiederholte Anhebung der Federal Funds Rate merklich zurückgeht. Der private Konsum, der die Haupttriebfeder der US-Konjunktur darstellt, hat sich bereits in den vergangenen Monaten etwas abgekühlt. In Japan dürfte sich, nicht zuletzt infolge des Auslaufens fiskalischer Impulse, die konjunkturelle Expansion zunächst wieder etwas abschwächen. Mit einer Festigung der japanischen Inlandsnachfrage kann im kommenden Jahr gerechnet werden, da sich insbesondere die privaten Investitionen aufgrund fortschreitender Strukturreformen und verbesserter Ertragserwartungen im Unternehmenssektor zunehmend erholen dürften. In den westeuropäischen Ländern außerhalb des Euroraums verliert die Konjunktur wegen nachlassender Anregungen von der Auslandsnachfrage sowie einer zunehmend dämpfenden Geldpolitik etwas an Schwung.

Kräftige Konjunktur im Euroraum

Die Konjunktur im Euroraum hat seit dem Sommerhalbjahr des vergangenen Jahres spürbar angezogen. Im ersten Quartal dieses Jahres expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt mit einer laufenden Jahresrate von 3,6 %.

Dabei blieben die Unterschiede im Tempo der konjunkturellen Expansion hoch; sie verringerten sich jedoch im Verlauf. Im Jahresdurchschnitt 1999 wurden Nachfrage und Produktion in Spanien, in den Niederlanden, in Finnland und in Portugal mit über bzw. in Frankreich mit knapp 3 % ausgeweitet, während die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland und in Italien – die den deutlichsten Exporteinbruch infolge der Krisen in Asien hinnehmen mussten¹ – lediglich um rund 1½ % stieg und damit, ähnlich wie in Österreich, unterhalb des Durchschnitts des Euroraums von 2,3 % blieb. Wie schon in den vergangenen Jahren lagen Luxemburg (5 %) und Irland (8 %) an der Spitze bei der Zunahme des Bruttoinlandsprodukts.

Die konjunkturelle Belebung im Euroraum wurde maßgeblich von den Exporten bestimmt, die infolge der wieder kräftigeren gesamtwirtschaftlichen Expansion in den südostasiatischen Schwellenländern, der Erholung in den Transformationsländern sowie der anhaltenden wirtschaftlichen Dynamik in den USA und gestützt durch den niedrigen Außenwert des Euro schwunghaft zunahmen. Von der Erholung der Exporte profitierten vor allem Italien und Deutschland. Die Dynamik der Inlandsnachfrage erwies sich, nicht zuletzt aufgrund der expansiven monetären Rahmenbedingungen, als hoch. So nahm der private Verbrauch 1999 nur wenig langsamer als im Vorjahr zu, und die Bruttoanlageinvestitionen wurden nahezu ebenso stark wie 1998 ausgeweitet. Die Beschäftigung stieg im Jahresverlauf in den meisten Ländern kontinuierlich an.

Europäische Geldpolitik:

Nur der Wechselkurs wirkt noch anregend

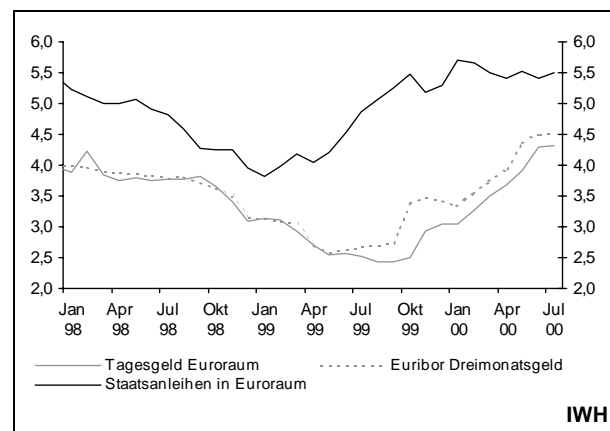
Die Europäische Zentralbank hat Anfang Juni dieses Jahres die Refinanzierungssätze zum fünften Mal innerhalb von sieben Monaten angehoben. Der Hauptrefinanzierungssatz liegt nunmehr bei 4,25 % und damit um 1,75 Prozentpunkte höher als im Sommer vergangenen Jahres; der Einlagezins wurde auf 3,25 % und der Zinssatz der Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 5,25 % erhöht.

¹ Vgl. SEIFERT, M.: Regionale Effekte von Schocks auf die Euro-Länder: Die Reaktionen der Ausfuhren auf die internationalen Krisen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 12/1999, S. 7-10.

Abbildung 1:

Kurz- und langfristige Zinsen im Euroraum
Januar 1998 bis Juli 2000^a

- Monatswerte in % -

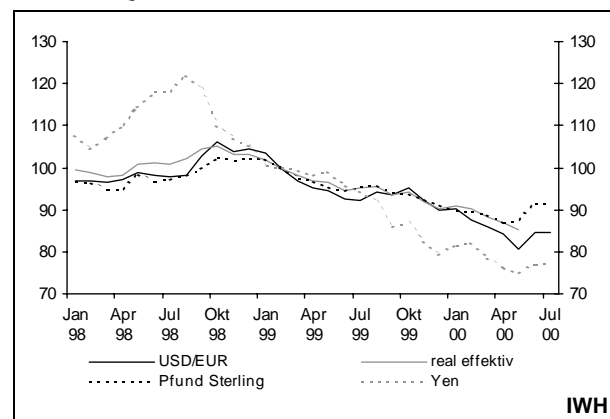


^a Juli 2000: Durchschnitt der ersten 10 Tage des Monats.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Europäische Zentralbank; Eurostat.

Abbildung 2:

Wechselkurse des Euro Januar 1998 bis Juli 2000^a
- Index I. Quartal 1999 = 100, Monatswerte -

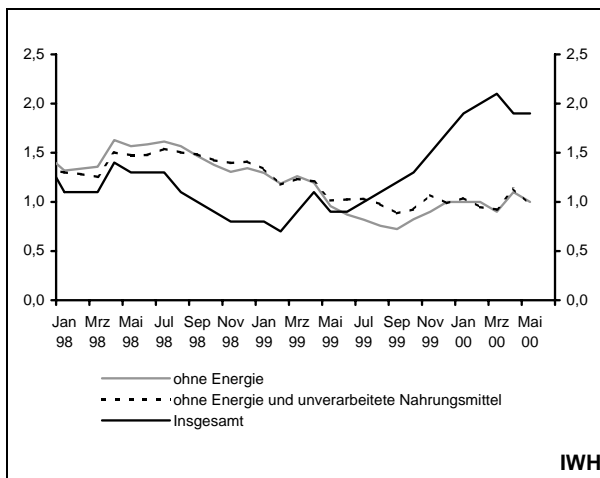


^a Juli 2000: Durchschnitt der ersten 10 Tage des Monats.

Quellen: Europäische Zentralbank; Berechnungen des IWH.

Weder von den kurzfristigen noch von den langfristigen Zinsen dürfte derzeit noch eine anregende Wirkung auf die Konjunktur ausgehen. Demgegenüber liefert der seit Herbst vergangenen Jahres abermals deutlich verringerte Außenwert des Euro weiterhin expansive Impulse. Die Zinserhöhung der Europäischen Zentralbank hatte bisher keine nennenswerte Erholung des Euro zur Folge. Begründet hatte die Europäische Zentralbank die jüngste Zinserhöhung wie auch die vorangegangenen mit den Risiken für die Preisstabilität aufgrund der deutlich erhöhten Ölpreise und des sich merklich verstärkenden Aufschwungs im Euroraum.

Abbildung 3:
Harmonisierter Verbraucherpreisindex im Euro-
raum Januar 1998 bis Mai 2000
- Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in % -



Quellen: Europäische Zentralbank; Eurostat.

Alles in allem ist eine neutrale Geldpolitik vor dem Hintergrund der konjunkturellen Beschleunigung und angesichts der moderaten Lohnentwicklung angemessen.² Zwar gehen derzeit noch expansive Wirkungen von der niedrigen Bewertung des Euro aus. Mit dem zu erwartenden Abbau des konjunkturellen Gefälles zwischen den USA und dem Euroraum dürfte sich der Euro aber auch ohne weitere Zinserhöhungen erholen.

Ob die Europäische Zentralbank im Prognosezeitraum einen restriktiven Kurs einleiten muss, um Preisstabilität zu wahren, hängt entscheidend von der zu erwartenden Entwicklung nicht nur der Löhne, sondern auch der nationalen Finanzpolitiken der Mitgliedsländer ab. Obwohl in den meisten konjunkturell gefestigten Ländern, in denen auch der Preisanstieg ausgeprägter ist, das Defizit deutlich reduziert wurde bzw. Budgetüberschüsse erzielt worden sind, könnte sich das gegenwärtige prozyklische Finanzgebaren in einigen Ländern zu einem Konflikt mit der Geldpolitik zuspitzen.

Finanzpolitik im Euroraum stärkt mittelfristig die Wachstumskräfte

Das Defizit in den öffentlichen Haushalten der Euro-Länder ist im vergangenen Jahr weiter gesunken. Im gewogenen Durchschnitt des Euro-

raums belief es sich auf 1,2 % nach 2,0 % im Jahre 1998. Mit Finnland, Irland, Luxemburg und den Niederlanden wiesen vier Länder bereits Haushaltsüberschüsse aus.

Der Ausgabenanstieg blieb gering, und in Relation zum Bruttoinlandsprodukt konnten die Staatsausgaben im Durchschnitt der Länder um einen Prozentpunkt reduziert werden. Beigetragen dazu hat auch, dass die durchschnittliche Verzinsung ausstehender Staatstitel trotz nun wieder höherer Zinsen weiter gesunken ist, da relativ hoch verzinsliche fällige Titel im vergangenen Jahr durch solche mit niedrigerem Kupon ersetzt wurden.

Die Einnahmen fielen überwiegend günstiger aus als aufgrund der in der ersten Jahreshälfte 1999 nur mäßigen Konjunkturerwartung sowie der umgesetzten Steuererleichterungen zunächst erwartet worden war. Die Verbesserung der Einnahmesituation wurde dabei maßgeblich von der insgesamt robusten Inlandsnachfrage sowie von Sonderfaktoren, wie beispielsweise höheren Veranlagungssteuern in Deutschland, getragen.

Im Prognosezeitraum dürfte der Ausgabenanstieg im Durchschnitt des Euroraums gering bleiben. Der damit einhergehende Rückgang der Ausgabenquote wird auch dadurch erleichtert, dass infolge von Umschuldungen die Zinslasten insgesamt sinken. Zugleich planen einige Ländern Steuerensenkungen, wobei die Abgabenlast in Deutschland, in Frankreich, in den Niederlanden, in Spanien und in Finnland nennenswert sinken wird.

Alles in allem wird die Defizitquote im Euroraum trotz einer merklich günstigeren Konjunkturerwartung kaum noch zurückgehen. Die strukturellen Defizite werden in diesem Jahr nicht weiter sinken und im kommenden Jahr aufgrund der Steuerensenkungen – wenn auch nur temporär – leicht steigen.

Zwar wird sich das Tempo der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im Vergleich zu früheren Jahren vermindern, was in jüngster Zeit sowohl von der OECD³ als auch von der Europäischen Zentralbank⁴ kritisiert wurde, aber die von den Mitgliedsländern gewählte Kombination aus Ausgabenkürzungen und Steuerensenkungen trägt zu ei-

² Vgl. auch den Beitrag zur Europäischen Geldpolitik in diesem Heft.

³ Vgl. OECD: Economic Outlook, Nr. 67, May 2000.

⁴ Vgl. EUROPÄISCHE ZENTRALBANK: Monatsbericht Juni 2000.

ner Stärkung der Wachstumskräfte im Euroraum bei. Die Impulse für das Wachstum werden dabei umso größer sein, je mehr die Ausgaben für die Bildung von Sach- und Humankapital gestärkt werden.

Tabelle 2:

Die öffentlichen Finanzen im Euroraum
- in % des Bruttoinlandsprodukts -

	1999	2000	2001
Budgetsaldo	-1,2	-0,9	-0,8
Struktureller Finanzierungssaldo	-0,7	-0,9	-1,0
Primärsaldo	+3,1	+3,1	+3,1
Bruttoschuldenstand	72,3	70,5	68,2

Quelle: Europäische Kommission.

Ausblick:

Leichte Verlangsamung der Konjunktur im Euroraum

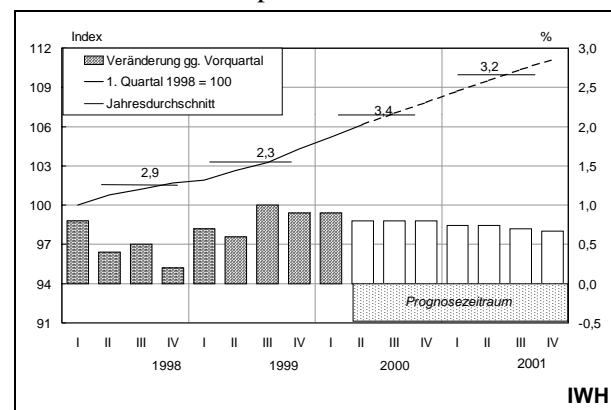
Das günstige weltwirtschaftliche Umfeld sowie die robuste Binnennachfrage im Euroraum deuten darauf hin, dass sich die kräftige konjunkturelle Expansion zunächst fortsetzt. Darauf verweist auch der vom IWH regelmäßig berechnete Frühindikator.⁵ Im späteren Verlauf dieses Jahres ist allerdings mit einer leichten Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Expansion zu rechnen. Infolge der Verlangsamung des Nachfrageanstiegs auf den wichtigsten Außenmärkten – insbesondere in den USA – werden die Zuwächse bei den Ausfuhren nach der lebhaften Entwicklung im Winterhalbjahr merklich kleiner ausfallen. Zudem laufen nicht nur die von der Euro-Schwäche ausgehenden Impulse aus, sondern es dürfte auch der Außenwert des Euro steigen. Die Einfuhren werden bei einer weiterhin zügig expandierenden Gesamtnachfrage weiter zunehmen, sodass sich der Außenbeitrag etwas verringert.

Der private Verbrauch wird in diesem und im nächsten Jahr mit jeweils knapp 3 % merklich ausgeweitet werden. Das Expansionstempo bei den Bruttoanlageinvestitionen, die angesichts günstiger Absatz- und Ertragserwartungen sowie steigender

Kapazitätsauslastungen zunächst weiter erhöht werden, dürfte im kommenden Jahr abnehmen. Alles in allem wird die Inlandsnachfrage damit in diesem Jahr kräftig und im Verlauf des kommenden Jahres leicht verlangsamt expandieren. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird im kommenden Jahr nach dem Auslaufen des ölpreisinduzierten Basiseffekts um knapp einen halben Prozentpunkt unter dem Preisanstieg dieses Jahres liegen.

Abbildung 4:

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum



Quellen: Eurostat; ab 2. Quartal 2000: Prognose des IWH.

Tabelle 3:

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	1999	2000	2001
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Bruttoinlandsprodukt	2,3	3,4	3,2
Privater Verbrauch	2,5	2,8	2,9
Öffentlicher Verbrauch	1,2	1,1	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	4,5	5,5	4,5
Außenbeitrag ^a	1,6	2,0	1,8
Verbraucherpreise ^b	1,1	1,9	1,6
	<i>in % des nominalen BIP</i>		
Budgetsaldo	-1,2	-0,9	-0,8
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>		
Arbeitslosenquote ^c	10,1	9,1	8,3

^a In % des realen Bruttoinlandsprodukts. – ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^c Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Zentralbank; Berechnungen des IWH; 2000 und 2001: Prognose des IWH.

Das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum wird in diesem Jahr um 3,4 % und im Jahr 2001

⁵ Vgl. SEIFERT, M.: Aktuelle Trends: Anhaltend kräftiger Konjunkturaufschwung im Euroraum, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2000, S. 242.

um 3,2 % steigen. Das konjunkturelle Gefälle zwischen den Euro-Ländern wird sich dabei weiter verringern. Die Arbeitslosenquote dürfte infolge steigender Beschäftigung im späteren Verlauf dieses Jahres erstmals seit Beginn der neunziger Jahre die Marke von 9 % unterschreiten.

Konjunktur in Deutschland

Export – Motor des Aufschwungs

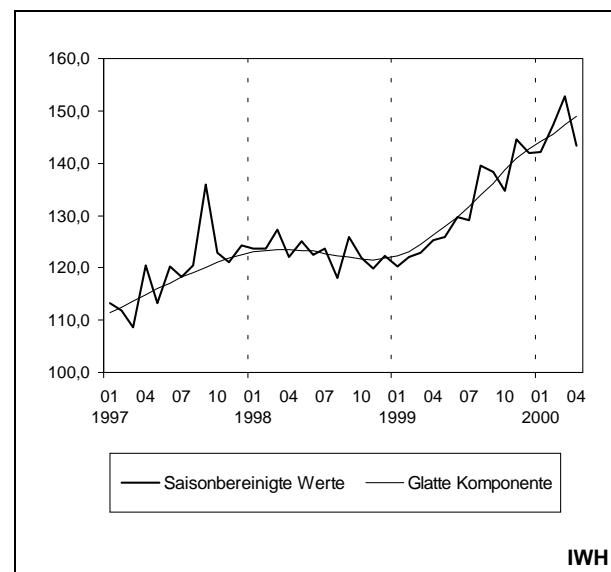
Angeregt vom aufgehellten weltwirtschaftlichen Klima haben sich die Auslandsgeschäfte der Anbieter aus Deutschland kräftig belebt. Im Winterhalbjahr schossen die Wareneinfuhren (Spezialhandel) förmlich in die Höhe. Im ersten Vierteljahr 2000 nahmen die gesamten Warenexporte gegenüber dem Vorjahresquartal um 16,4 % zu. Überdurchschnittliche Steigerungsraten wurden – im Sog der kräftigen Konjunktur und verstärkt von der Euro-Schwäche – bei den Warenlieferungen in den NAFTA-Raum und darunter besonders in die USA realisiert. Auch die Lieferungen in den südostasiatischen Raum und nach Russland legten deutlich zu, nachdem die wirtschaftliche Entwicklung in diesen ehemaligen Krisenregionen wieder einem Aufwärtstrend folgt. Jedoch liegt der Lieferumfang dorthin zum größten Teil noch unter dem vor den Krisen erreichten Stand.

Insgesamt bleibt das konjunkturelle Umfeld für die deutsche Exportwirtschaft auch im Prognosezeitraum günstig. Die Impulse aus den Vereinigten Staaten werden allerdings nachlassen. Mit der Überwindung der Schwäche des Euro gegenüber dem US-Dollar wird sich der Preisvorteil deutscher Exporteure gegenüber Anbietern vor allem aus dem Dollarraum allmählich verringern. Gemessen an den im Jahr 2000 sinkenden und danach etwa gleichbleibenden Lohnstückkosten wird jedoch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Exportproduzenten in Deutschland bei steigenden Lohnstückkosten im Ausland hoch bleiben. Nachfrage und Produktion vor allem bei den Haupthandelspartnern Deutschlands werden weiterhin für eine kräftige Ausfuhr sorgen.

Der Anstieg der Warenimporte blieb dem Volumen nach im ersten Vierteljahr 2000 mit 12,9 % gegenüber dem Vorjahresquartal hinter dem der

Abbildung 5:

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe Deutschlands aus dem Ausland
- Volumenindex, 1995=100 -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle 4:

Exporte und Importe Deutschlands an Waren und Dienstleistungen
- in Preisen von 1995 -

	1999	2000	2001
	<i>in Mrd. DM</i>		
Exporte	1.121,1	1.250,3	1.341,1
Importe	1.087,4	1.177,4	1.256,0
Außenbeitrag	33,7	72,9	85,1
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Exporte	4,2	11,5	7,3
Importe	7,1	8,3	6,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Exporte an Waren zurück. Stärker, mit einer Zuwachsrates von 21,8 %, legten sie dem Wert nach zu. Maßgeblich für die Erhöhung der Importausgaben war der Auftrieb bei den Importpreisen vor allem durch die drastische Verteuerung des Rohöls.

Mit der erwarteten Verstärkung der Binnenkonjunktur in Deutschland und einer weiterhin aufwärts gerichteten Exportentwicklung wird auch die einheimische Nachfrage nach Importgütern deutlich expandieren. Alles in allem wird mit ei-

nem Anstieg der realen Einfuhr im Jahr 2001 um 6,7 % gerechnet, nach einem Zuwachs von 8,3 % in diesem Jahr. Die Ausfuhr wird mit etwas höheren Zuwachsraten steigen, im Jahr 2000 um 11,5 % und im Jahr darauf um 7,3 %, sodass der Außenbeitrag, der sich 1999 um mehr als die Hälfte verringert hatte, wieder zunehmen wird.

Weiterhin kräftige Expansion der Ausrüstungsinvestitionen

Die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen haben im ersten Quartal dieses Jahres kräftig zugenommen, sie stiegen gegenüber dem Vorjahresquartal um 8,7 %. Die Expansion der neuen Ausrüstungen hat sich damit im Vergleich zu den vorangegangenen Quartalen stark beschleunigt, die sonstigen Anlagen konnten das hohe Niveau in den Vorquartalen halten. Maßgeblich für die hohe Investitionsneigung war die günstige Absatz- und Ertragssituation der Unternehmen. Die Gewinnquote ist angesichts moderat steigender Löhne und Gehälter und der sich belebenden Konjunktur seit Mitte des vergangenen Jahres aufwärtsgerichtet. Auch ist der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe in den letzten Quartalen in unverminderter Tempo gestiegen und liegt deutlich über seinem langjährigen Durchschnitt. Das entspricht alles in allem dem Muster früherer Aufschwungsphasen.

Das Investitionsklima wird auch im Prognosezeitraum überwiegend freundlich bleiben. Die Renditeerwartungen werden bei rückläufigen Lohnstückkosten in diesem Jahr und gleichbleibenden im nächsten Jahr sowie nur leicht steigenden Realzinsen ihre investitionsstimulierende Wirkung behalten. Die Industrieunternehmen rechnen laut ifo-Konjunkturtest für die kommenden Monate mit einem nahezu unvermindert kräftigen Produktionsauftrieb, sodass sich vermehrt Kapazitätsengpässe abzeichnen. Darüber hinaus ist für die zweite Hälfte dieses Jahres mit Vorzieheffekten infolge der zu erwartenden Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen im Jahr 2001 zu rechnen. Die Ausrüstungsinvestitionen werden deshalb im laufenden Jahr mit 9,5 % gegenüber dem Vorjahr kräftig steigen. Im nächsten Jahr wird sich das Tempo der Expansion mit der Verlagerung der konjunkturellen Auftriebskräfte in das Inland ge-

ringfügig abschwächen. Die Dynamik bleibt aber mit 8,5 % aufgrund der positiven Erwartungen – begünstigt durch die Unternehmenssteuerreform – hoch. Auch die sonstigen Anlagen werden infolge der zunehmenden Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien in beiden Jahren mit reichlich 10 % kräftig expandieren.

Tabelle 5:

Anlageinvestitionen in Deutschland

- Veränderung gegenüber Vorjahr in %, Preise 1995 -

	1999	2000	2001
Ausrüstungsinvestitionen	5,1	9,5	8,5
Sonstige Anlagen	9,4	11,2	10,3
Bauinvestitionen	0,0	0,4	0,9
Wohnbauten	- 0,1	0,0	0,6
Nichtwohnbauten	0,2	0,9	1,5
Gewerbliche Bauten	- 1,9	1,4	1,7
Öffentliche Bauten	5,5	- 0,3	0,8
Anlageinvestitionen insgesamt	2,3	4,4	4,5

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Tendenzwende am Bau setzt sich nur zögerlich durch

Die seit 1995 anhaltende Talfahrt der Bauinvestitionen in Deutschland ist im vergangenen Jahr – insgesamt gesehen – zu Ende gekommen. Saison- und kalenderbereinigt gingen die Bauinvestitionen aber im Winterhalbjahr erneut etwas zurück. Dies ist zum einen der rückläufigen Entwicklung in Ostdeutschland zuzuschreiben, die im ersten Quartal 2000 besonders stark war. Zum anderen erweist sich der positive Trend in Westdeutschland noch nicht als nachhaltig.

So lässt die konjunkturelle Entwicklung im Wohnungsbau noch keine grundlegende Tendenzwende erkennen. Insbesondere drücken die anhaltenden Rückgänge im Mietwohnungsbau die vom Einfamilienhausbau und von der Wohnungsmodernisierung ausgehende Aufwärtsbewegung. Letztere werden auch im Prognosezeitraum durch merklich steigende Realeinkommen angeregt. Die Hypothekenzinsen und Baupreise dürften bei leichtem Anstieg die Investitionsneigung in diesem Bereich wohl nur geringfügig dämpfen. Demgegenüber gibt es bisher keine Anzeichen, dass die Zurückhaltung im Mehrfamilienhausbau – vor al-

lem aufgrund der schwachen Renditeaussichten – bald aufgegeben wird. Insbesondere in Ostdeutschland hält der Druck auf die Mieten wegen bestehender Wohnungsüberhänge an, sodass die Baunachfrage hier im laufenden Jahr erneut kräftig und erst im nächsten Jahr etwas weniger nachgeben wird.

Im Unterschied zum Wohnungsbau haben die konjunkturellen Erholungstendenzen im *Wirtschaftsbau* schon etwas an Boden gewonnen. Bereits fünf Quartale in Folge tendiert der westdeutsche Wirtschaftsbau in saisonbereinigter Rechnung nach oben. Nach mehrjähriger zurückhaltender Bautätigkeit werden hier angesichts des anziehenden gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs wieder mehr Erweiterungsbauten notwendig. Diese Entwicklung könnte im Prognosezeitraum auf den gesamten deutschen Wirtschaftsbau durchschlagen. Zwar wird dies bei den Auftragseingängen derzeit nur im gewerblichen Tiefbau sichtbar. Die Genehmigungsstatistik für das dritte Quartal 1999 signalisiert aber saisonbereinigt einen Zuwachs bei Büro- und Verwaltungsgebäuden sowie Fabrik- und Werkstattgebäuden und für das vierte Quartal im Bereich der Handels- und Lagergebäude. Auch wenn immer noch erratische Nachfrageschwankungen zu beobachten sind, geht das IWH davon aus, dass sich aufgrund des regen Wirtschaftsumfeldes der gewerbliche Bau in Deutschland aus dem konjunkturellen Schwebezustand lösen kann. Zudem setzt sich in Ostdeutschland die Abwärtsbewegung im Wirtschaftsbau zwar in der Grundtendenz fort, jedoch deutlich schwächer als im Wohnungsbau.

Die *öffentlichen Bauinvestitionen* sind – rein konjunkturell betrachtet – im Jahr 1999 um 0,8 % ausgeweitet worden, aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr schwächeren Grundstücksverkäufe des Staates ergab sich nach VGR-Konvention allerdings ein außerkonjunktureller Sondereffekt von mehr als 4,5 %. Nach derzeitiger Datenlage erwartet das IWH in konjunktureller Hinsicht für die nächsten beiden Jahre eine Stabilisierung der Investitionsaktivitäten des Staates, die sich unter Berücksichtigung von Grundstücksübertragungen im laufenden Jahr in einer leicht abnehmenden und im nächsten Jahr in einer leicht zunehmenden Bautätigkeit niederschlagen.

Alles im allem werden die Bauinvestitionen im Prognosezeitraum im Sog des allgemeinen kon-

junkturrellen Aufschwungs allmählich anziehen. Der Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Aufschwung im Jahr 2000 dürfte aber wegen der wieder etwas stärkeren Nachfrageausfälle in Ostdeutschland eher gering sein; im nächsten Jahr könnte er sich dann bei Festigung der Eigendynamik in Westdeutschland und Abschwächung des rückläufigen Trends in Ostdeutschland leicht verstärken.

Konsumausgaben koppeln an den Aufschwung an

Die privaten Konsumausgaben haben im ersten Quartal dieses Jahres an Schwung eingebüßt. Die zu Beginn des Jahres wirksam gewordenen steuerlichen Entlastungen sowie die Erhöhung des Kindergeldes haben bislang keinen merklichen Niederschlag in einem weiteren Konsumanstieg gefunden, zumal ihnen eine nochmalige starke Energieverteuerung gegenüber stand. Auch dürften die Konsumausgaben durch die Lage des diesjährigen Osterfestes, das anders als in den meisten Jahren nicht in das erste Quartal fiel, gedämpft worden sein. Für das zweite Quartal deutet der Anstieg des Einzelhandelsumsatzes im April und Mai auf eine Belebung des Konsums hin.

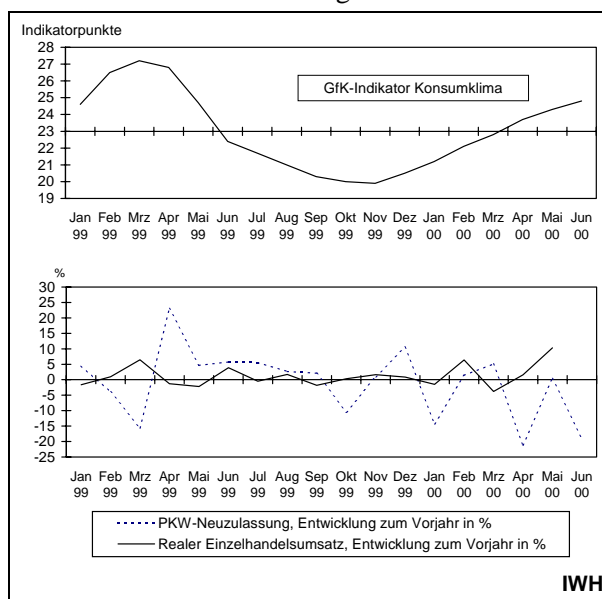
Im weiteren Verlauf des Jahres 2000 werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte angesichts deutlich steigender verfügbarer Einkommen, zunehmender Beschäftigung und eines optimistischen Konjunkturklimas an Fahrt gewinnen. Die Bruttolohn- und -gehaltsumme wird in diesem Jahr trotz der moderaten Tariflohnabschlüsse – die tariflichen Stundenlöhne steigen im Jahr 2000 mit rund 2,2 % und im Jahr 2001 mit rund 2,3 % – aufgrund steigender Beschäftigtenzahlen mit 2,9 % stärker als im Vorjahr zulegen.

Noch kräftiger expandieren mit 3,4 % die Nettolöhne infolge der zu Beginn dieses Jahres in Kraft getretenen zweiten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes (Anhebung des Grundfreibetrages auf 13.499 DM, Senkung des Eingangsteuersatzes von 23,9 % auf 22,9 %, Verringerung des Spitzensteuersatzes von 53 % auf 51 %) und der weiteren Absenkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,1 Prozentpunkte (Arbeitnehmeranteil) im Rahmen der Ökosteuere reform.

Die von den privaten Haushalten empfangenen Transfereinkommen nehmen vor allem aufgrund der verbesserten Lage am Arbeitsmarkt langsamer zu.

Zwar wurde erneut zum Jahresbeginn das Kindergeld erhöht (von 250 DM auf 270 DM), jedoch wirken die Anhebung der gesetzlichen Rente entsprechend der niedrigen Inflationsrate im Jahr 1999 und der Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe sowie der konjunkturbedingte Rückgang des Arbeitslosengeldes dämpfend auf die empfangenen monetären Sozialleistungen. Dagegen werden sich die Selbständigen- und Vermögenseinkommen im Zuge der konjunkturellen Belebung merklich ausweiten.

Abbildung 6:
Entwicklung von Konsumklima, Einzelhandelsumsatz und PKW-Neuzulassungen



Quellen: Statistisches Bundesamt; Gesellschaft für Konsumforschung Nürnberg (GfK).

Insgesamt dürften im Jahr 2000 die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit 3,7 % deutlich zulegen, dies entspricht einem realen Einkommenszuwachs von über 2 %. Die Sparneigung wird aufgrund der starken Einkommensexpansion nicht mehr sinken, womit der langjährige Trend des Rückgangs der Sparquote gestoppt wird. Die privaten Konsumausgaben werden somit nominal und real in ähnlichem Tempo wie die verfügbaren Einkommen steigen.

Im Jahr 2001 wird die Steuerpolitik dem privaten Konsum einen deutlichen Impuls verleihen. In Verbindung mit der Unternehmenssteuerreform soll die dritte Stufe des Steuerentlastungsgesetzes vorgezogen werden. Damit werden die privaten Haushalte durch die Senkung der Lohnsteuer und des darauf entfallenden Solidaritätszuschlages mit

rund 28 Mrd. DM spürbar entlastet. Im Einzelnen ist vorgesehen, den Grundfreibetrag von 13.500 DM auf 14.093 DM zu erhöhen und den Eingangssteuersatz von 22,9 % auf 19,9 % sowie den Spitzensteuersatz von 51 % auf 48,5 % zu senken. Dies und die weitere Aufhellung am Arbeitsmarkt führen zu einem sprunghaften Anstieg der Netto-lohn- und -gehaltsumme um knapp 5 %.

Tabelle 6:
Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte^a in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	1999	2000	2001
Verfügbare Einkommen, nominal	2,3	3,7	4,4
darunter:			
Nettolohn- und -gehaltsumme	1,8	3,4	4,9
Monetäre Sozialleistungen	2,7	1,2	1,0
Selbständigen-, Vermögenseink.	3,7	4,6	5,6
Sparen	-4,5	3,7	7,5
Private Konsumausgaben, nominal	2,9	3,6	4,0
<i>Nachrichtlich:</i>			
Bruttolohn- und -gehaltsumme	2,1	2,9	3,2
Sparquote (in %)	9,3	9,4	9,6
Preisindex des privaten Konsums	0,8	1,6	1,3
Private Konsumausgaben, real	2,1	2,0	2,7

^a Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Demgegenüber werden die Zahlungen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe aufgrund des Rückgangs der Zahl der Empfänger dieser Sozialleistungen abnehmen, und die anderen Transfer-einkommen der privaten Haushalte werden vor allem wegen der an der Inflationsrate orientierten Rentenanpassung nur geringfügig ansteigen. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen werden weiter von der guten Konjunkturlage profitieren.

Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit 4,4 % steigen, was bei einer gegenüber dem Vorjahr leicht schwächeren Preisentwicklung einem Realeinkommenszuwachs von über 3 % entspricht.

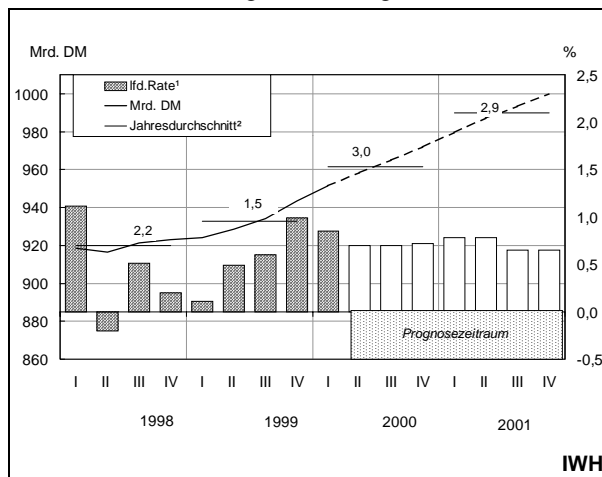
Diesen spürbaren Einkommensanstieg werden die privaten Haushalte nutzen, um ihre Rücklagen

für größere Anschaffungen sowie für die Altersvorsorge aufzustocken. Die Sparquote dürfte demzufolge geringfügig – auf 9,6 % – steigen. Zugleich nehmen die privaten Konsumausgaben in realer Betrachtung nach 2,0 % in diesem Jahr mit 2,7 % im kommenden Jahr beschleunigt zu.

Kräftige Expansion der Produktion

Die gesamtwirtschaftliche Produktion expandierte im Winterhalbjahr im Zuge der stark anziehenden Auslandsnachfrage und hoher Investitionen in Ausrüstungen sowie sonstige Anlagen kräftig. Vor allem die Produktion in der Industrie – und hier insbesondere die Erzeugung von Investitions- und Gebrauchsgütern – wurde kräftig ausgedehnt. Im tertiären Sektor gab es bei den Finanzierungs- und Unternehmensdienstleistern sowie im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung hohe Zuwächse. Die Steigerung bei den konsumnahen Diensten und im Einzelhandel fiel hingegen gering aus, da der private Verbrauch zunächst nur verhalten stieg.

Abbildung 7:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- Saison- und arbeitstäglich bereinigt –



¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, rechte Skala.
² Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH, 2000 und 2001: Prognose des IWH.

Der gesamtwirtschaftliche Produktionsanstieg bleibt im Prognosezeitraum kräftig, wird jedoch nach dem Schub Anfang dieses Jahres etwas schwächer. Geprägt wird der Produktionszuwachs im Prognosezeitraum vom Verarbeitenden Gewerbe. Die Investitionsgüterproduzenten werden vor

allem in diesem Jahr hohe Zuwächse verbuchen. Die Bautätigkeit dürfte die Talsohle durchschreiten. Bei den Finanzierungs- und Unternehmensdienstleistern sowie im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung wird der kräftige Produktionsanstieg anhalten.

Im Jahr 2001 kommt es in den ersten beiden Quartalen erneut zu einer Beschleunigung der Produktionsausdehnung. Die Auftriebskräfte verlagern sich zunehmend von der Auslands- auf die Inlandsnachfrage. Dann gehen auch vom privaten Konsum kräftige Impulse auf die Produktionsaktivitäten insbesondere der Verbrauchs- und Gebrauchsgüterproduzenten aus. In der zweiten Hälfte des Jahres 2001 wird sich die Expansion leicht abschwächen, da insbesondere die Dynamik der Auslandsnachfrage nachlässt.

Tabelle 7:
Sektorale Bruttowertschöpfung in Deutschland
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, Preise 1995 -

	1999	2000	2001
Produzierendes Gewerbe	0,6	4,4	3,6
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	1,2	6,0	4,8
Baugewerbe	-1,0	-0,2	0,2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	2,8	3,4	3,5
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	3,6	4,6	4,4
Öffentliche und private Dienstleister	0,1	0,5	0,3
Bruttoinlandsprodukt	1,5	3,0	2,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Im gesamten Prognosezeitraum verbessert sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aus Deutschland. Anders als im Ausland werden hier die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten in den Jahren 2000 und 2001 niedriger sein als 1999 (vgl. Tabelle 8), und zwar bei zunehmender Beschäftigung.

Alles in allem wird in diesem Jahr das Bruttoinlandsprodukt um 3 % und im Jahr 2001 um 2,9 % gegenüber dem Vorjahr zunehmen. Im Jahr 2000 wird die Produktion in Ostdeutschland mit 2½ % nochmals schwächer expandieren als in Westdeutschland. Die Wertschöpfung in der Industrie wird zwar deutlich stärker zunehmen als im

Tabelle 8:
Lohnstückkosten^a in Deutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	106,7	96,8	97,9	104,5	98,2	85,0	84,1	82,4	83,1
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	68,0	73,2	75,9	74,1	75,5	76,6	74,9	73,2	73,4
Baugewerbe	61,7	65,7	70,8	72,8	76,3	76,6	74,8	76,8	77,2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	69,1	73,3	77,6	77,8	78,6	79,0	77,2	75,4	74,7
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	24,9	27,2	28,5	29,8	30,3	30,3	30,4	30,6	30,9
Öffentliche und private Dienstleister	68,6	72,8	75,9	77,3	80,1	82,1	83,1	84,4	86,7
Alle Wirtschaftsbereiche	58,1	61,8	64,1	64,5	65,5	65,7	64,8	64,3	64,5	64,1	64,1

^a Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten in Relation zur Bruttowertschöpfung (in Preisen von 1995) je Erwerbstätigen. –

^b Ohne Wohnungsvermietung.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3.; Berechnungen des IWH; 2000 und 2001: Prognose des IWH.

Vorjahr, im Baugewerbe wird sie jedoch weiterhin schrumpfen und somit die Ausdehnung der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Ostdeutschland bremsen. Im Jahr 2001 dürften die neuen Länder im Wachstumstempo aufgrund der nachlassenden Dämpfung vom Baugewerbe wieder mit Westdeutschland gleichziehen.

Spürbare Besserung auf dem Arbeitsmarkt

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich deutlich gebessert. Im Zuge der kräftigen Produktionsausdehnung stieg die Zahl der Erwerbstätigen – nach einer Unterbrechung von drei Quartalen – im ersten Quartal dieses Jahres saisonbereinigt um 95.000 Personen gegenüber dem Vorquartal. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nahm in Deutschland saisonbereinigt im ersten Quartal des Jahres 2000 um 116.000 und im zweiten Quartal nochmals um 70.000 Personen gegenüber dem Vorquartal ab. Zwar wird das konjunkturelle Verlaufsmuster durch den ungewöhnlich milden Winter sowie die Neuregelung zur Verbesserung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft überzeichnet. Vieles spricht jedoch für einen anhaltend kräftigen Anstieg der Beschäftigung und – spiegelbildlich – für eine deutliche Abnahme der Arbeitslosigkeit. Die moderaten Tarifabschlüsse

der laufenden Lohnrunde und die aufwärtsgerichtete Konjunktur begünstigen die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Zudem sind die vergleichsweise langen Laufzeiten wichtiger Tarifverträge eine verlässliche Grundlage für die mittelfristige Personaldisposition der Unternehmen.

Die deutliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt macht sich jedoch nur in Westdeutschland bemerkbar (vgl. Tabelle 1). Hier sinkt im Jahr 2000 die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf 2,48 Mio. und 2001 auf 2,17 Mio. Personen, und die Erwerbstätigkeit nimmt im Prognosezeitraum kräftig zu. Besonders bei den Unternehmensdienstleistern und im Bereich Nachrichtenübermittlung wird der Personalbestand aufgestockt werden. Aber auch im Verarbeitenden Gewerbe wird die Nachfrage nach Arbeitskräften lebhafter, und im Baugewerbe schwächt sich der Personalarückgang ab.

In Ostdeutschland ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor sehr angespannt. Das hohe Niveau der registrierten Arbeitslosigkeit verfestigt sich weiter. Im Jahr 2000 wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen sogar noch um etwa 26.000 auf dann jahresdurchschnittlich 1,37 Mio. Personen steigen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass trotz steigender Beschäftigung in der Industrie die Zahl der Arbeitsplätze auf dem ersten

Tabelle 9:
Eckdaten zum Arbeitsmarkt in Deutschland

	1997	1998	1999	2000	2001
<i>in 1.000 Personen</i>					
Erwerbsfähige ^a	55.981	55.991	55.930	55.784	55.621
Erwerbstätige in Deutschland (Inland)	35.864	35.999	36.106	36.319	36.558
Erwerbstätige in Deutschland im ersten Arbeitsmarkt	35.562	35.614	35.676	35.987	36.246
<i>Pendlersaldo</i>	62	64	65	60	60
Erwerbstätige aus Deutschland (Inländer)	35.802	35.935	36.041	36.259	36.498
Erwerbstätige aus Deutschland im ersten Arbeitsmarkt	35.500	35.550	35.611	35.927	36.186
Unterbeschäftigung ^b	5.585	5.390	5.254	4.903	4.511
<i>Arbeitslose</i>	4.384	4.279	4.099	3.850	3.500
<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	109	105	97	96	96
<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	79	52	50	48	47
<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen^c</i>	302	385	430	332	312
<i>Teilnehmer an Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung in Vollzeitäquivalenten</i>	400	324	333	320	300
<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	43	43	42	42	41
<i>Vorruheständler^d</i>	268	202	203	195	187
<i>Altersteilzeit</i>				20	28
Bezieher von Erziehungsgeld mit vorangehender Erwerbstätigkeit	405	412	415	419	419
Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve ^e	41.411	41.300	41.230	41.201	41.069
<i>in %</i>					
Erwerbsbeteiligungsquote ^f	74,0	73,8	73,7	73,9	73,8
Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ^g	63,4	63,5	63,7	64,4	65,1
Erwerbstätigenquote insgesamt ^h	64,0	64,2	64,4	65,0	65,6
Unterbeschäftigungsquote ⁱ	13,5	13,1	12,7	11,9	11,0
Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung	80,4	81,3	79,9	80,5	79,7
Arbeitslosenquote ^k	11,2	10,9	10,4	9,8	9,0

^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – ^b Summe aus den nachgestellten Kursivwerten. – ^c Einschl. Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^d Einschließlich Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – ^e Da Kurzarbeiter bereits in der Zahl der Erwerbstätigen enthalten sind, ist der Arbeitsausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten zu subtrahieren, um eine Doppelzählung zu vermeiden. – ^f Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ^g Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ^h Erwerbstätige im ersten und im zweiten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ⁱ Anteil der Unterbeschäftigung am Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve. – ^k Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtheit von erwerbstätigen Inländern im ersten Arbeitsmarkt (ohne Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten), Arbeitslosen und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

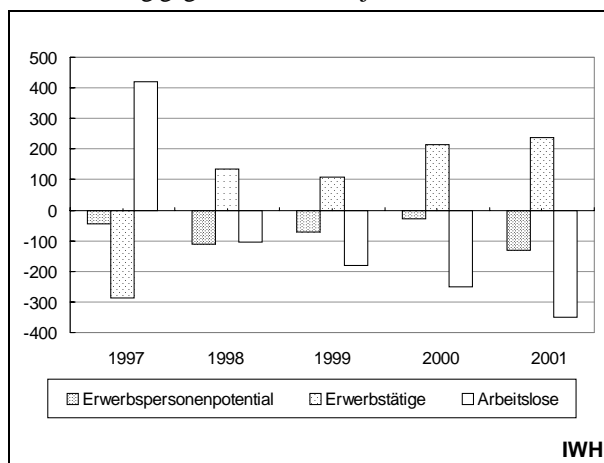
Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2000 und 2001: Prognose des IWH.

Arbeitsmarkt nochmals leicht abnehmen wird, da im Baugewerbe und beim Staat weiterhin Arbeitskräfte entlassen werden.

Im Verlauf des Jahres 2001 wird der Personalabbau auf dem ersten Arbeitsmarkt in Ostdeutschland zum Stillstand kommen. Der Zuwachs der Beschäftigung insbesondere in der Industrie sowie bei den Unternehmensdienstleistern wird dann den anhaltenden Beschäftigungsabbau im Baugewerbe und beim Staat kompensieren. In Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen werden im Jahr 2001 in Ostdeutschland 240.000 Personen und damit 20.000 Personen weniger als im Vorjahr gefördert werden.

In Deutschland geht die Zahl der Arbeitslosen im Prognosezeitraum stärker zurück als die Zahl der Erwerbstätigen steigt. Entscheidend hierfür ist der erneute Rückgang des Arbeitsangebots, der hauptsächlich durch demographische Gründe bedingt ist. In Ostdeutschland kommt zudem der Rückgang der Erwerbsbeteiligung infolge einer weiter steigenden Bildungsbeteiligung hinzu.

Abbildung 8:
Entwicklung des Arbeitsangebots, der Erwerbstätigkeit und der registrierten Arbeitslosigkeit in Deutschland
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1.000 Personen -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2000 und 2001: Prognose des IWH.

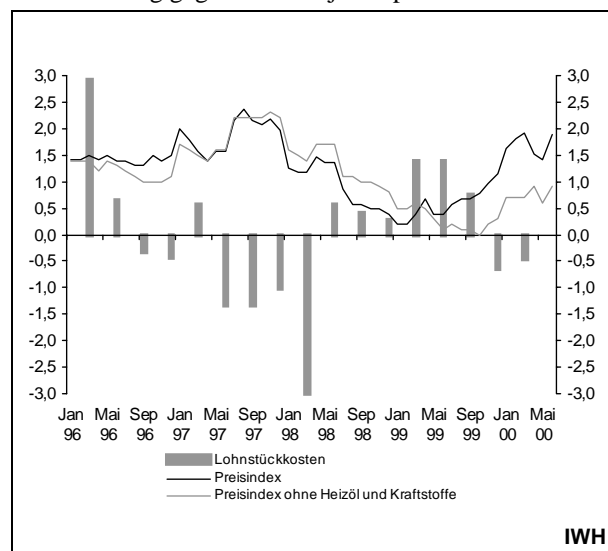
Moderate Lohnpolitik stabilisiert Preisniveau bei kräftig steigenden Rohstoffpreisen

Die Zunahme der Lebenshaltungspreise ist derzeit in Deutschland ebenso wie im Euroraum durch den starken Auftrieb der Einfuhrpreise insgesamt

und der Rohölpreise im Besonderen geprägt. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Rohölpreise in US-Dollar um 118 % im Durchschnitt der vergangenen 6 Monate (Mai), die Einfuhrpreise erhöhten sich – auch infolge der Euroschwäche – insgesamt um durchschnittlich 10 %. Als Resultat schnellten die zudem durch die Ökosteuer belasteten inländischen Preise für Heizöl und sonstige Kraftstoffe im selben Zeitraum um durchschnittlich 28 % empor und zogen so den Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung um reichlich einen Prozentpunkt nach oben.

Obwohl nicht mit erneuten Schüben bei den Einfuhr- und Rohölpreisen zu rechnen ist, werden diese auch in den kommenden Monaten den Anstieg der Preise gegenüber dem Vorjahresmonat auf einem hohen Niveau verharren lassen. Erst Anfang kommenden Jahres wird der Einfluss des Niveausprungs nennenswert abnehmen.

Abbildung 9:
Preisindizes der Lebenshaltung und Lohnstückkosten Januar 1996 bis Juni 2000^a
- Veränderung gegenüber Vorjahresperiode in % -



^a Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (Monatswerte) sowie Lohnkosten je Arbeitnehmer in Relation zu der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen (Quartalswerte, bis einschließlich 1. Quartal 2000).

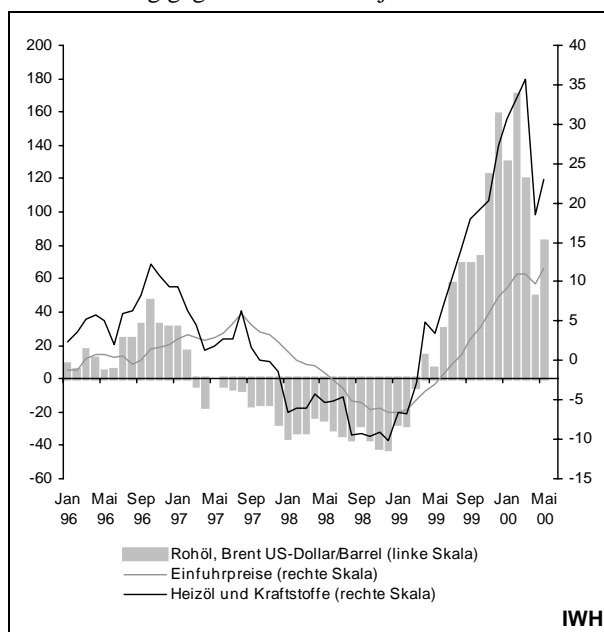
Quelle: Statistisches Bundesamt.

Dämpfend auf den Preisanstieg wirken demgegenüber die niedrigen Lohnabschlüsse, die sich im Durchschnitt dieses Jahres in einem Rückgang der Lohnstückkosten (auf Stundenbasis) um 0,9 % und im nächsten Jahr in praktisch unveränderten Lohn-

stückkosten niederschlagen werden (auf Beschäftigtenbasis geht die Veränderungsrate im Jahr 2000 mit -0,2 % nicht so stark zurück, und sie ist im Jahr 2001 mit 0,4 % höher). Insgesamt ist im kommenden Jahr ein Anstieg der Lebenshaltungspreise um 1,3 % zu erwarten, nach 1,6 % in diesem Jahr.

Für die Dauer des nun an Fahrt gewinnenden Aufschwungs ist eine moderate Lohnpolitik weiterhin ein entscheidender Faktor. Dies gilt sowohl mit Blick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland produzierender Unternehmen als auch auf gegebenenfalls erforderliche geldpolitische Schritte zur Wahrung der Preisniveaustabilität. Der Versuch, die Kaufkraftverluste infolge der erhöhten Energiepreise in die nächsten Lohnverhandlungen aufzunehmen, müsste letztlich Beschäftigungseinbußen zur Folge haben – ein Weg, den die lohnpolitisch Verantwortlichen bei einer auch im nächsten Jahr noch hohen Arbeitslosenquote von knapp 9 % vermeiden sollten. Das beschäftigungspolitische Primat der Lohnzurückhaltung gilt insbesondere auch angesichts der im Zuge der kräftigeren Nachfrageentwicklung steigenden Preissetzungsspielräume der Unternehmen.

Abbildung 10:
Einfuhrpreise, Preise für Heizöl, Kraftstoffe und Rohöl, Januar 1996 bis Mai 2000
- Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in % -



Quellen: Deutsche Bundesbank; Energy Information Agency (US); Internationaler Währungsfonds; Statistisches Bundesamt.

Öffentliche Haushalte weiter auf Konsolidierungskurs

Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte werden im Jahr 2000 – nicht zuletzt wegen des Sparpakets – langsamer als das nominale Bruttoinlandsprodukt steigen. Der Staatskonsum wird im Jahr 2000 um nominal 1,9 % und im Jahr 2001 um 2,3 % zunehmen. Dies bedeutet in beiden Jahren einen realen Anstieg von 0,7 %. Der Grund hierfür liegt nicht zuletzt in dem Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes, der über den im Sparpaket geforderten Inflationsausgleich hinausgeht. Trotz einer leicht gelockerten Ausgabenpolitik im Jahr 2001 – so sind beispielsweise Erhöhungen beim BAföG und beim Wohngeld geplant – wird auch im kommenden Jahr der Ausgabenanstieg deutlich hinter dem nominalen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts zurückbleiben. Hierzu trägt zum einen die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt bei, die entsprechend geringere monetäre Transferleistungen nach sich zieht. Zum anderen werden die Zinsausgaben im kommenden Jahr zurückgehen. Ursächlich hierfür sind die zu erwartenden Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen, die im Herbst 2000 stattfinden wird. Die Erlöse aus dieser Versteigerung fließen dem Bund zu und sollen vollständig zum Schuldenabbau verwendet werden. Durch den eingeschlagenen Reformkurs wird die Abgabenquote erstmals seit Beginn der neunziger Jahre sinken – von 43,1 % im Jahr 1999 auf 41,8 % im Jahr 2001.

Die Einnahmen werden in diesem Jahr – „bereinigt“ um die Erlöse aus dem UMTS-Lizenzen – um 2 % steigen. Dieser Anstieg geht vor allem auf die Entwicklung bei den indirekten Steuern zurück. So führen die Steuerrechtsänderungen im Jahr 2000 zu einem Anstieg der Mineralölsteuer in Höhe von 11 %. Auch die Umsatzsteuer entwickelt sich mit fast 4 % kräftig. Dies liegt vor allem an den Steuerrechtsänderungen zu Beginn des vergangenen Jahres. Im Jahr 2001 werden die Steuereinnahmen nur um knapp 1 % steigen. Dabei wird das Aufkommen aus den indirekten Steuern stärker zunehmen als in diesem Jahr. Zwar wird das Umsatzaufkommen schwächer steigen als im laufenden Jahr, die zum 1. Januar 2001 vorgesehene nächste Stufe der Ökosteuern führt aber zu einer weiteren Zunahme des Mineralölsteueraufkommens. Außerdem steigt die Kraftfahrzeug-

steuer nach den vorübergehenden Steuerausfällen wegen der Vergünstigungen für schadstoffärmere Kraftwagen jetzt wieder an. Dem stärkeren Anstieg der indirekten Steuern steht ein mit 5,2 % sinkendes Aufkommen bei den direkten Steuern gegenüber. Der Grund liegt in den zu Beginn der Jahre 1999 und 2000 bereits in Kraft getretenen Stufen der Einkommensteuerreform sowie in den mit der Unternehmenssteuerreform des Jahres 2001 verbundenen Steuerausfällen bei der Einkommen-, Körperschaft- und Lohnsteuer.

Die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung werden im laufenden Jahr um 1,3 % und im kommenden Jahr – trotz einer hier unterstellten Senkung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung auf 19,0 % zu Beginn des Jahres – um 2,3 % steigen. Die Ursache liegt in der günstigen Beschäftigungsentwicklung.

Die im Herbst dieses Jahres anfallenden Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen sind in der Prognose mit 80 Mrd. DM angenommen worden. Im kommenden Jahr sind Privatisierungserlöse von knapp 20 Mrd. DM geplant, um so die Steuerausfälle, die aus dem Vorziehen der dritten Stufe der Einkommensteuerreform entstehen, zu finanzieren.

Insgesamt befinden sich die staatlichen Haushalte auf einem deutlichen Konsolidierungskurs. Die Defizitquote, die in diesem Jahr ohne Berücksichtigung der zu erwartenden Einnahmen aus den UMTS-Lizenzen⁶ bei 1,1 % liegen dürfte, wird aufgrund der Steuerreform im kommenden Jahr auf 1,3 % steigen. In den auf den Prognosezeitraum folgenden Jahren ist wieder mit einem Rückgang der Defizitquote zu rechnen.

Im laufenden Jahr wirkt die Finanzpolitik neutral. Im kommenden Jahr ist hingegen ein deutlich expansiver Einfluss der Finanzpolitik zu erwarten. Neben der leicht gelockerten Ausgabenpolitik trägt dazu vor allem die deutliche Entlastung bei der Lohnsteuer in Höhe von knapp 25 Mrd. DM bei.

Mittelfristige Perspektiven:

Finanzpolitik im Zeichen der Reformvorhaben

Wie schon im Jahr 1999 steht die Finanzpolitik auch im Prognosezeitraum im Zeichen der Reformvorhaben. Die Unternehmenssteuerreform ist zum 1. Januar 2001 geplant und in der Prognose wird unterstellt, dass sie zu diesem Zeitpunkt auch in Kraft tritt. Neben einer Senkung des Unternehmenssteuersatzes auf 25 % sind Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage vorgesehen. Das Anrechnungsverfahren soll aufgegeben und das Halbeinkünfteverfahren eingeführt werden. Um für Personengesellschaften eine ähnlich hohe steuerliche Belastung wie für Kapitalgesellschaften zu erreichen, soll das Optionsmodell zur Anwendung kommen. Die Steuerreform wird im Jahr 2001 mit einer Steuerentlastung der Unternehmen und der privaten Haushalte von knapp 45 Mrd. DM verbunden sein.

Eine Simulation mit dem makroökonomischen Modell des IWH zeigt, dass der aus der Steuerreform resultierende expansive Nachfrageeffekt im Jahr 2001 ein zusätzliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,8 Prozentpunkten impliziert. In den nachfolgenden Jahren ist der Impuls schwächer und bewirkt gegenüber dem Status quo ein Wachstumsplus des Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich 0,3 Prozentpunkten. Mit diesem nachfrageinduzierten Wachstum ist ein zusätzlicher Beschäftigungsaufbau von 66.000 Personen im Jahr 2001 verbunden, der bis zum Jahr 2004 auf 361.000 Personen zunimmt.

Die Reformvorhaben der Regierung sind allerdings mit einem Systemwechsel verbunden. Die Einführung des Halbeinkünfteverfahrens und des Optionsmodells werden die steuerlichen Anreize grundlegend ändern.⁷ Diese Systemänderung wird nach Ansicht der Regierung zu einer verstärkten Eigenkapitalisierung im Unternehmen führen, aus der sich eine Zunahme der Investitionen ergeben soll. Dieser Entwicklung steht aber die gleichzeitig geplante Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen gegenüber. Die neu gesetzten steuerlichen Anreize werden außerdem die Ressourcenallokation beeinträchtigen, sodass von der Ange-

⁶ Die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen werden zum Zeitpunkt der Lizenzvergabe als Verkauf eines nichtfinanziellen Vermögensgutes gebucht. Damit steigt der Finanzierungssaldo einmalig. Für das Jahr 2000 ergibt sich in der Prognose ein Überschuss in Höhe von 36,5 Mrd. DM, dies bedeutet ein negatives Defizit und eine negative Defizitquote von -0,9 %.

⁷ Zur Unternehmenssteuerreform vgl. VAN DEUVERDEN, K.: Zu den Anreizwirkungen der Unternehmenssteuerreform, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 4/2000, S. 83-90.

Eckpunkte des Regierungsentwurfs zur Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung:

- schrittweiser Aufbau einer kapitalgedeckten Altersvorsorge ab 2001 mit Beiträgen in Höhe von 0,5 %, die bis auf 4 % des Bruttolohns im Jahr 2008 steigen;
- ein Ausgleichsfaktor, der bei der erstmaligen Rentenfestsetzung den erforderlichen und für künftige Rentner noch möglichen Aufbau einer zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge berücksichtigt; die Höhe des Ausgleichsfaktors ist abhängig von der Zahl der Jahre, in denen bis zum Rentenbeginn eine kapitalgedeckte Altersvorsorge aufgebaut werden kann;
- steuerliche Förderung der Aufwendungen zum Aufbau der kapitalgedeckten Altersvorsorge;
- für Arbeitnehmer mit einem unterdurchschnittlichen Jahreseinkommen (bis 35.000/70.000 DM) wird eine Zulage in Höhe von 50 % des Aufwands für Altersvorsorge, maximal 400 DM gezahlt;
- zur Förderung zugelassen werden nur Anlageformen, aus denen im Alter eine lebenslange Rente gezahlt wird und die als Mindestleistung die eingezahlten Beiträge garantiert;
- förderungswürdig ist sowohl die betriebliche als auch die private Altersvorsorge;
- Einführung einer modifizierten Nettoanpassung, bei der Steuerrechtsänderungen und Änderungen der Beiträge zu anderen Sozialversicherungen unberücksichtigt bleiben, die Beiträge zur Gesetzlichen Rentenversicherung und die Beiträge zu der privaten Vorsorgeart aber berücksichtigt werden;
- für Rentenbezieher soll bei Anspruch auf Sozialhilfe auf einen Rückgriff auf unterhaltspflichtige Kinder und Eltern verzichtet werden;
- für neu geschlossene Ehen und für bestehende Ehen, in denen die Partner jünger als 40 Jahre sind, wird im Hinterbliebenenfall der allgemeine Versorgungssatz gesenkt und dafür werden Kinder besonders berücksichtigt;
- niedrigere Entgelte während der Zeit von der Geburt des ersten Kindes bis zur Vollendung des 10. Lebensjahres des jüngsten Kindes werden nach den Grundsätzen der Rente nach Mindesteinkommen aufgewertet.

Quelle: BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG: DEUTSCHLAND ERNEUERN – RENTENREFORM 2000, Gesetzliche Rentenversicherung und kapitalgedeckte Zusatzvorsorge: Der Weg in eine sichere Zukunft, 2000.

botsseite vor allem mittelfristig negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum ausgehen dürften.

Anders als bei der Reform der Unternehmensbesteuerung steht die Diskussion um eine Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung noch am Anfang. Zum 1. Januar 2001 kann der Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung zwar voraussichtlich auf 19,0 % gesenkt werden. Neben der günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt trägt hierzu die Ausweitung des Kreises der Beitrags-

zahler um die geringfügig Beschäftigten bei. Vor allem aber liegt der Grund in dem zusätzlichen Bundeszuschuss, der mit der Einführung der Ökosteuer verknüpft worden ist. Dieser Zuschuss führt dazu, dass die versicherungsfremden Leistungen in der Rentenversicherung nun als steuerfinanziert gelten dürften.⁸

⁸ Vgl. VERBAND DEUTSCHER RENTENVERSICHERUNGSTRÄGER (VDR), Fakten und Argumente, 5/2000, S. 16 f.

Mit Blick auf die Finanzierbarkeit der Rentenversicherung besteht aber mittel- und langfristiger Reformbedarf. Bevölkerungsprognosen gehen von auch künftig steigenden Lebens- und damit Rentenbezugszeiten bei einem weiterhin sinkenden Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aus. Trotz Zuwanderung steht der sinkenden Zahl der Beitragszahler damit eine wachsende Zahl der Rentenbezieher gegenüber. So stellt sich die Frage, wie zur Sicherung der Rentenzahlungen die Lasten gerecht auf die heutigen und zukünftigen Rentner sowie die heutigen und zukünftigen Beitragszahler verteilt werden können.

Neben einer Absenkung des Rentenniveaus, einer Veränderung des Kreises der Beitragszahler über eine stärkere Zuwanderung, das Einbeziehen neuer Gruppen oder eine höhere Erwerbsbeteiligung der Personen im erwerbsfähigen Alter beziehungsweise eine Erhöhung des Renteneingangsalters kommen vor allem höhere Aufwendungen der Beitragszahler in Frage, die so für die Zeit ihres eigenen Rentenbezugs vorsorgen. Ein Weg dazu besteht darin, das bestehende Umlagesystem der Rentenversicherung durch eine kapitalgedeckte Zusatzversorgung zu ergänzen.⁹

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass die Pläne der Regierung zur Reform der Gesetzlichen Alterssicherung (siehe Kasten) in die richtige Richtung weisen. Die Regierung beabsichtigt eine steuerliche Förderung von Beiträgen zur privaten Altersvorsorge beziehungsweise eine Zulage von 50 % der Aufwendungen bei Niedrigverdienern einzuführen. Anzumerken ist hierzu, dass die Beiträge zur privaten Vorsorge steuerlich genauso wie die Beiträge zur Gesetzlichen Vorsorge behandelt werden sollten. Auch ist dafür zu plädieren, dass die Beiträge zur Gesetzlichen Rentenversicherung steuerlich abzugsfähig sind und eine Versteuerung erst nachgelagert bei Bezug der Rente erfolgt.¹⁰

Mittels der steuerlich geförderten privaten Vorsorgeaufwendungen ist geplant, eine private kapitalgedeckte Zusatzversorgung aufzubauen, die ne-

ben die umlagefinanzierte Gesetzliche Rentenversicherung tritt. Unter Berücksichtigung des Zeitraums, der den Beitragszahlern für private Vorsorgemaßnahmen zur Verfügung stand, soll dann das gesetzliche Rentenniveau gesenkt werden. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass letztendlich das gesetzliche Rentenniveau deutlich über dem Sozialhilfeniveau liegen sollte. Nur so kann gewährleistet werden, dass für den Versicherten in jedem Fall ein Eigeninteresse an einer Mitgliedschaft in der Gesetzlichen Rentenversicherung besteht.

Insgesamt sollte darauf geachtet werden, dass bei der Rentenreform ein breiter, parteiübergreifender Kompromiss erreicht wird. Für die Planungen der Versicherten und der Arbeitgeber ist eine langfristig tragfähige Lösung entscheidend.

Arbeitskreis Konjunktur

*Hans-Ulrich Brautzsch,
Kristina van Deuverden, Christian Dreger,
Ruth Grunert, Ingrid Haschke, Brigitte Loose,
Michael Seifert, Silke Tober
und Udo Ludwig*

(Redaktionsschluss 13. Juli 2000)

⁹ Vgl. hierzu unter anderem DREGER, C.; KOLB, J.: Die Zukunft des Generationenvertrages. Aktuelle Reformvorhaben und mögliche Entlastungspotentiale. IWH-Forschungsreihe 9/1998.

¹⁰ Das für den Herbst dieses Jahres erwartete Urteil des Bundesverfassungsgerichts könnte in diesem Punkt eine Änderung bewirken.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2000 und 2001

Bundesrepublik Deutschland

	1999	2000	2001	2000		2001	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,3	0,6	0,7	0,3	0,9	0,8	0,5
Arbeitszeit, arbeitstätig	-0,3	0,1	0,0	-0,9	1,2	0,0	-0,1
Arbeitstage	0,5	-0,9	-0,3	0,8	-2,5	-0,5	-0,1
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,5	-0,2	0,3	0,1	-0,5	0,3	0,3
Produktivität 1)	1,0	3,2	2,6	3,0	3,4	2,6	2,6
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	1,5	3,0	2,9	3,2	2,9	2,9	2,9

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd.DM

Konsumausgaben	2.975,0	3.069,4	3.180,6	1.481,6	1.587,8	1.534,8	1.645,8
Private Haushalte 2)	2.238,8	2.318,9	2.412,7	1.123,4	1.195,4	1.168,9	1.243,8
Staat	736,2	750,5	767,9	358,2	392,4	366,0	402,0
Anlageinvestitionen	811,8	850,5	892,0	404,3	446,2	423,6	468,4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	353,6	389,3	424,9	182,8	206,5	200,5	224,4
Bauten	458,2	461,3	467,1	221,6	239,7	223,1	244,0
Vorratsveränderungen 3)	47,1	39,1	37,3	39,0	0,2	36,5	0,8
Inlandsnachfrage	3.833,8	3.959,0	4.109,9	1.924,9	2.034,1	1.994,9	2.115,0
Außenbeitrag	43,3	37,4	33,7	18,4	19,0	14,6	19,1
Export	1.132,1	1.289,0	1.412,0	628,9	660,1	691,8	720,2
Import	1.088,9	1.251,5	1.378,3	610,5	641,0	677,2	701,2
Bruttoinlandsprodukt	3.877,1	3.996,5	4.143,6	1.943,3	2.053,2	2.009,5	2.134,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,8	3,2	3,6	2,9	3,4	3,6	3,7
Private Haushalte 2)	2,9	3,6	4,0	3,1	4,0	4,0	4,0
Staat	2,3	1,9	2,3	2,3	1,6	2,2	2,4
Anlageinvestitionen	1,8	4,8	4,9	4,8	4,8	4,8	5,0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	5,1	10,1	9,2	8,9	11,2	9,7	8,7
Bauten	-0,5	0,7	1,3	1,6	-0,2	0,7	1,8
Inlandsnachfrage	3,0	3,3	3,8	3,4	3,1	3,6	4,0
Export	3,7	13,9	9,5	16,0	11,9	10,0	9,1
Import	5,8	14,9	10,1	17,1	12,9	10,9	9,4
Bruttoinlandsprodukt	2,5	3,1	3,7	3,2	2,9	3,4	3,9

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995

a) Mrd.DM

Konsumausgaben	2.832,2	2.879,3	2.943,2	1.404,7	1.474,5	1.436,2	1.507,0
Private Haushalte 2)	2.122,7	2.165,0	2.224,1	1.050,1	1.114,8	1.079,2	1.144,9
Staat	709,5	714,3	719,1	354,6	359,7	357,0	362,1
Anlageinvestitionen	815,2	850,8	888,8	404,2	446,6	421,8	467,1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	349,5	383,4	417,0	179,6	203,9	196,3	220,8
Bauten	465,7	467,4	471,8	224,6	242,8	225,5	246,3
Vorratsveränderungen 3)	51,2	42,1	40,3	40,0	2,2	37,5	2,8
Inlandsnachfrage	3.698,6	3.772,2	3.872,3	1.848,9	1.923,3	1.895,4	1.976,9
Außenbeitrag	33,7	72,9	85,1	31,5	41,4	40,0	45,1
Export	1.121,1	1.250,3	1.341,1	613,5	636,9	661,9	679,2
Import	1.087,4	1.177,4	1.256,0	581,9	595,4	621,9	634,2
Bruttoinlandsprodukt	3.732,3	3.845,2	3.957,4	1.880,4	1.964,8	1.935,4	2.022,0
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	3.698,6	3.814,1	3.926,3	1.864,3	1.949,8	1.919,3	2.007,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,6	1,7	2,2	1,3	2,0	2,2	2,2
Private Haushalte 2)	2,1	2,0	2,7	1,4	2,5	2,8	2,7
Staat	0,2	0,7	0,7	0,8	0,5	0,7	0,7
Anlageinvestitionen	2,3	4,4	4,5	4,4	4,4	4,4	4,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	5,6	9,7	8,8	8,5	10,8	9,3	8,3
Bauten	0,0	0,4	0,9	1,3	-0,5	0,4	1,5
Inlandsnachfrage	2,2	2,0	2,7	2,0	2,0	2,5	2,8
Export	4,2	11,5	7,3	13,6	9,6	7,9	6,7
Import	7,1	8,3	6,7	9,8	6,8	6,9	6,5
Bruttoinlandsprodukt	1,5	3,0	2,9	3,2	2,9	2,9	2,9
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	1,3	3,1	2,9	3,1	3,1	3,0	2,9

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2000 und 2001

Bundesrepublik Deutschland

	1999	2000	2001	2000		2001	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben 2)	0,8	1,6	1,3	1,7	1,4	1,2	1,3
Konsumausgaben des Staates	2,1	1,3	1,6	1,5	1,1	1,5	1,8
Anlageinvestitionen	-0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,5	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4
Bauten	-0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Export	-0,5	2,1	2,1	2,1	2,1	2,0	2,3
Import	-1,2	6,2	3,2	6,7	5,7	3,8	2,7
Bruttoinlandsprodukt	1,0	0,1	0,7	0,0	0,1	0,5	1,0

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.DM

Primäreinkommen der privaten Haushalte 2)	2.888,2	2.983,7	3.098,9	1.444,4	1.539,3	1.502,5	1.596,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	404,8	414,5	427,3	196,4	218,1	202,5	224,8
Bruttolöhne und -gehälter	1.639,9	1.687,2	1.740,5	791,6	895,6	815,8	924,6
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte 4)	843,6	882,0	931,1	456,4	425,6	484,2	446,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	376,6	389,2	409,4	188,6	200,6	190,8	218,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3.264,8	3.372,9	3.508,2	1.633,0	1.739,9	1.693,4	1.814,9
Abschreibungen	574,7	589,1	600,9	292,8	296,3	298,7	302,2
Bruttonationaleinkommen	3.839,5	3.962,0	4.109,1	1.925,8	2.036,2	1.992,0	2.117,1
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2.863,3	2.952,6	3.065,8	1.424,6	1.528,0	1.475,6	1.590,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	818,6	851,0	898,0	436,6	414,3	457,3	440,7
Arbeitnehmerentgelt	2.044,6	2.101,7	2.167,8	988,0	1.113,7	1.018,4	1.149,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte 2)	2,6	3,3	3,9	2,9	3,7	4,0	3,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,2	2,4	3,1	2,3	2,5	3,1	3,1
Bruttolöhne und -gehälter	2,1	2,9	3,2	2,9	2,9	3,1	3,2
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,8	2,3	2,5	2,6	2,0	2,3	2,8
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte 4)	3,7	4,6	5,6	3,2	6,0	6,1	5,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-0,1	3,3	5,2	6,2	0,8	1,2	8,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,3	3,3	4,0	3,3	3,4	3,7	4,3
Abschreibungen	2,3	2,5	2,0	2,5	2,5	2,0	2,0
Bruttonationaleinkommen	2,3	3,2	3,7	3,1	3,2	3,4	4,0
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1,4	3,1	3,8	2,9	3,3	3,6	4,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-0,3	3,9	5,5	3,3	4,6	4,7	6,4
Arbeitnehmerentgelt	2,1	2,8	3,1	2,8	2,8	3,1	3,2

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte 2)

a) Mrd.DM

Masseneinkommen	1.681,6	1.735,9	1.799,0	833,9	902,1	862,6	936,4
Nettolöhne und -gehälter	1.040,1	1.075,5	1.128,0	502,3	573,3	526,0	602,1
Monetäre Sozialleistungen	781,0	790,6	798,8	396,5	394,1	400,5	398,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	139,5	130,2	127,8	64,9	65,3	63,9	64,0
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	843,6	882,0	931,1	456,4	425,6	484,2	446,9
Sonstige Transfers (Saldo)	-77,0	-80,3	-81,5	-39,8	-40,5	-40,0	-41,5
Verfügbares Einkommen	2.448,2	2.537,6	2.648,5	1.250,4	1.287,2	1.306,8	1.341,8
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	21,4	20,8	21,6	9,5	11,3	9,9	11,7
Konsumausgaben	2.238,8	2.318,9	2.412,7	1.123,4	1.195,4	1.168,9	1.243,8
Sparen	230,9	239,5	257,4	136,5	103,0	147,8	109,6
Sparquote (%) 5)	9,3	9,4	9,6	10,8	7,9	11,2	8,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,4	3,2	3,6	3,5	3,0	3,4	3,8
Nettolöhne und -gehälter	1,8	3,4	4,9	3,2	3,6	4,7	5,0
Monetäre Sozialleistungen	2,7	1,2	1,0	1,9	0,6	1,0	1,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	-0,8	-6,6	-1,8	-7,4	-5,8	-1,6	-2,0
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,7	4,6	5,6	3,2	6,0	6,1	5,0
Sonstige Transfers (Saldo)	22,8	4,4	1,5	7,6	1,4	0,4	2,5
Verfügbares Einkommen	2,3	3,7	4,4	3,3	4,0	4,5	4,2
Konsumausgaben	2,9	3,6	4,0	3,1	4,0	4,0	4,0
Sparen	-4,5	3,7	7,5	3,9	3,5	8,3	6,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2000 und 2001

Bundesrepublik Deutschland

	1999	2000	2001	2000		2001	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates 6)

a) Mrd.DM

Einnahmen							
Steuern	936,8	971,8	969,1	469,3	502,6	470,6	498,5
Sozialbeiträge	734,2	743,9	761,3	357,6	386,3	365,7	395,6
Vermögenseinkommen	34,9	28,0	27,4	16,5	11,6	16,4	11,1
Sonstige Transfers	30,0	30,2	30,5	15,0	15,2	15,2	15,3
Vermögenstransfers	17,8	17,8	18,0	8,5	9,3	8,8	9,3
Verkäufe	79,7	81,0	80,6	38,2	42,9	38,0	42,7
Sonstige Subventionen	2,3	2,2	2,1	0,8	1,4	0,8	1,4
Insgesamt	1.835,7	1.874,9	1.889,0	905,8	969,1	915,4	973,6
Ausgaben							
Vorleistungen	435,2	445,5	456,8	215,1	230,4	220,5	236,3
Arbeitnehmerentgelt	324,3	329,0	334,7	152,4	176,6	154,5	180,2
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	136,4	141,5	139,7	71,5	70,0	72,0	67,7
Subventionen	70,5	70,6	70,7	31,8	38,8	32,0	38,7
Monetäre Sozialleistungen	731,6	741,2	749,2	372,0	369,2	375,9	373,3
Sonstige laufende Transfers	59,9	65,0	61,3	25,4	39,6	26,0	35,3
Vermögenstransfers	51,6	58,1	63,1	27,7	30,4	31,2	31,9
Bruttoinvestitionen	69,9	70,4	71,5	30,6	39,9	31,0	40,5
Nettozugang an nichtproduktiven Vermögensgütern	-2,9	-82,9	-2,9	-1,4	-81,5	-1,4	-1,5
Insgesamt	1.876,6	1.838,4	1.944,2	925,0	913,5	941,8	1.002,4
Finanzierungssaldo 7)	-40,9	36,5	-55,2	-19,2	55,7	-26,4	-28,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	7,3	3,7	-0,3	4,1	3,4	0,3	-0,8
Sozialbeiträge	1,1	1,3	2,3	1,3	1,3	2,3	2,4
Vermögenseinkommen	-2,1	-19,7	-2,1	-25,4	-10,0	-0,4	-4,4
Sonstige Transfers	1,7	0,5	0,9	0,5	0,5	1,0	0,9
Vermögenstransfers	7,2	0,1	1,4	-2,8	2,8	3,7	-0,6
Verkäufe	-2,4	1,7	-0,5	1,9	1,4	-0,5	-0,5
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,0	2,1	0,8	2,0	2,2	1,1	0,5
Ausgaben							
Vorleistungen	2,9	2,4	2,5	2,8	2,0	2,5	2,6
Arbeitnehmerentgelt	1,5	1,4	1,8	1,8	1,1	1,4	2,0
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkommen (Zinsen)	0,9	3,7	-1,3	3,7	3,7	0,8	-3,4
Subventionen	1,6	0,1	0,3	-0,5	0,6	0,9	-0,3
Monetäre Sozialleistungen	2,6	1,3	1,1	2,0	0,7	1,0	1,1
Sonstige laufende Transfers	15,6	8,6	-5,8	1,9	13,5	2,1	-10,9
Vermögenstransfers	-4,3	12,6	8,7	21,6	5,4	12,8	4,9
Bruttoinvestitionen	4,6	0,7	1,6	-0,3	1,5	1,5	1,6
Nettozugang an nichtproduktiven Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	2,6	-2,0	5,8	2,6	-6,3	1,8	9,7

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.

2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4) Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuß sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).

6) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

7) Ohne Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen ergäbe sich im Jahr 2000 ein Finanzierungssaldo von -43,5 Mrd. DM.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH;
2000 und 2001: Prognose.

Europäische Geldpolitik: Auf neutralem Kurs

Nach fünf Leitzinserhöhungen um insgesamt 1¾ Prozentpunkte seit November 1999 dürfte die Europäische Zentralbank im Juni dieses Jahres auch bei den kurzfristigen Zinsen ein neutrales Niveau erreicht haben. Die Kapitalmarktzinsen entsprechen bereits seit Herbst vergangenen Jahres etwa dem langfristigen (deutschen) Durchschnitt. Ebenso wie die EZB hat die US-amerikanische Zentralbank die Zinsen seit der geldpolitischen Lockerung im Zusammenhang mit den Krisen in Asien um insgesamt 1¾ Prozentpunkte angehoben. Anders als die EZB ist die US-amerikanische Zentralbank damit jedoch auf einen restriktiven Kurs zurückgekehrt. Dieser Unterschied im geldpolitischen Kurs der beiden Zentralbanken erklärt sich aus dem nach wie vor bestehenden Konjunkturgefälle zwischen den zwei Währungsräumen und ist die entscheidende Ursache für die noch fortbestehende niedrige Bewertung des Euro.

Von der Erweiterung der Europäischen Union und letztlich des Euroraums ist keine nennenswerte Beeinflussung des Wechselkurses zu erwarten. Eine strenge Konvergenzprüfung vor dem Beitritt zur Europäischen Währungsunion ist im Interesse nicht nur des Euroraums, sondern auch der Beitrittsländer zu empfehlen. Negative Vertrauenseffekte durch den EU-Beitritt mittel- und osteuropäischer Länder sind sodann unwahrscheinlich, zumal das ökonomische Gewicht dieser Länder gering und eine Streckung des Zeitraums zwischen EU-Beitritt und Übernahme des Euro wahrscheinlich ist. Das bestehende Aufwertungspotential des Euro dürfte im Zuge der Erweiterung des Euroraums durch die Stärkung seiner Rolle als internationale Reservewährung etwas zunehmen. Institutionelle Änderungen in der Zusammensetzung der Entscheidungsgremien des Europäischen Systems der Zentralbanken wären bei steigender Zahl der Mitgliedsländer zu erwägen.

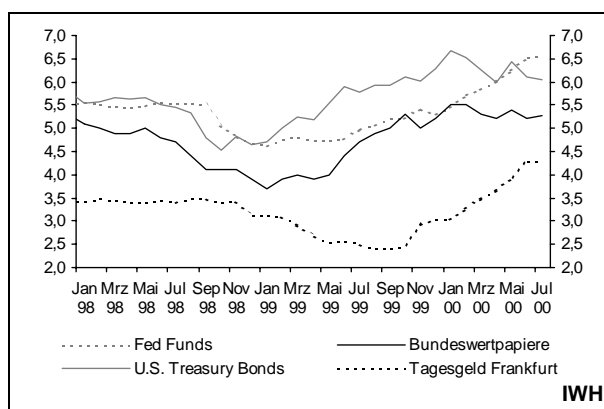
Ausgehend von einem noch niedrigen Niveau hat die Europäische Zentralbank die Refinanzierungssätze im Juni dieses Jahres um jeweils 0,5 Prozentpunkte angehoben. Der Hauptrefinanzierungssatz liegt nun bei 4,25 % und damit um 1¾ Prozentpunkte höher als im Sommer vergangenen Jahres sowie um 1¼ Prozentpunkte höher als zu

Beginn der Europäischen Währungsunion. Mit der sukzessiven geldpolitischen Straffung hat die EZB auf die sich stetig verbessernden Konjunkturaussichten im Euroraum einerseits und die deutliche Verteuerung der Importpreise – bedingt durch die Verdreifachung der Rohölpreise und die Abwertung des Euro – reagiert.

Dabei ist der Verweis auf die steigenden Rohölpreise problematisch. Zwar hat sich der Anstieg des harmonisierten Verbraucherpreisindex im Euroraum seit Mitte vergangenen Jahres im Zuge der Ölverteuerung verstärkt; die zugrundeliegende Inflationsdynamik ist jedoch stabil geblieben. Diese lässt sich näherungsweise durch eine Kerninflationsrate erfassen, die den direkten Einfluss der Energiepreise bzw. auch der Preise unverarbeiteter Nahrungsmittel auf den Gesamtindex ausblendet. Diese Kerninflationsrate liegt trotz der indirekten Wirkungen der gestiegenen Ölpreise seit Mitte vergangenen Jahres bei rund 1 %. Um den direkten Einfluss der Energieverteuerung auf den Gesamtindex zu kompensieren, müsste die Zentralbank so restriktiv wirken, dass sich die Kerninflationsrate entsprechend verringert. Kurzfristig ist dies jedoch kaum möglich, da die zugrundeliegende Inflationsdynamik maßgeblich durch die Lohnentwicklung bestimmt wird, die ihrerseits auf längerfristigen Tarifverträgen basiert. Im Falle eines negativen Angebotsschocks, wie jenem, der gegenwärtig von den Ölpreisen ausgeht, kann die Geldpolitik eine vorübergehende Erhöhung des Preisauftriebs nicht verhindern. Sofern keine Zweitrundeneffekte auftreten, läuft der Primäreffekt jedoch aus und die Inflationsrate fällt auf ihr früheres niedrigeres Niveau zurück. Zweitrundeneffekte, die in erster Linie von den Lohnabschlüssen ausgehen können, deuten sich derzeit nicht an. Dies gilt umso mehr, als die Regierungen in Ländern wie Italien, Irland, Finnland und auch den Niederlanden an den Lohnverhandlungen beteiligt sind, und dort Entlastungen bei der Einkommensteuer auch darauf abzielen, eine moderate Lohnpolitik zu unterstützen und zu honorieren.

Zwar kann die Zentralbank nicht verhindern, dass sich der Preissprung beim Rohöl als Preisniveauschub vorübergehend in der Inflationsrate niederschlägt, sie kann jedoch versuchen, ei-

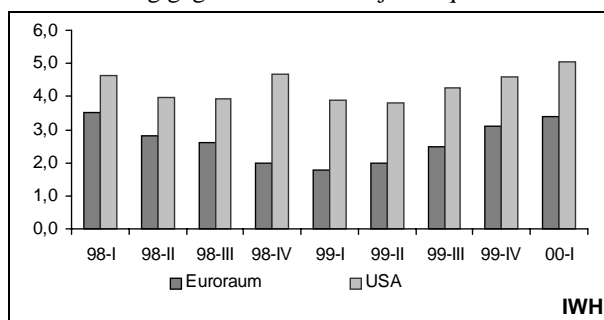
Abbildung 1:
Zinssätze für Tagesgeld und für Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren im Euroraum und in den USA von Januar 1998 bis Juli 2000^a
- Monatswerte in % -



^a Juli 2000: Durchschnitt der ersten 17 Tage des Monats.

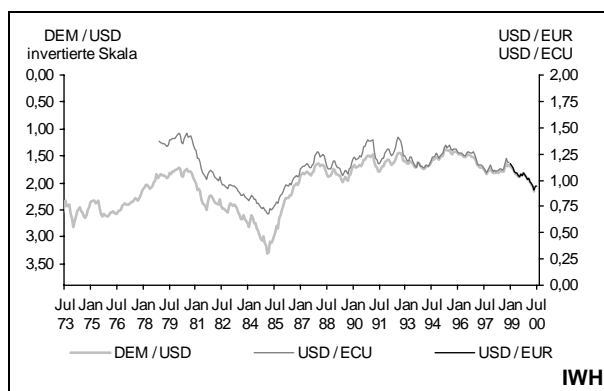
Quellen: Europäische Zentralbank; Federal Reserve.

Abbildung 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum und in den USA 1. Quartal 1998 bis 1. Quartal 2000
- Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in % -



Quellen: Europäische Zentralbank; Eurostat; U.S. Department of Commerce; Berechnungen des IWH.

Abbildung 3:
Wechselkurs des Euro, der D-Mark und der ECU gegenüber dem US-Dollar Juli 1973 bis Juli 2000
- Monatswerte -



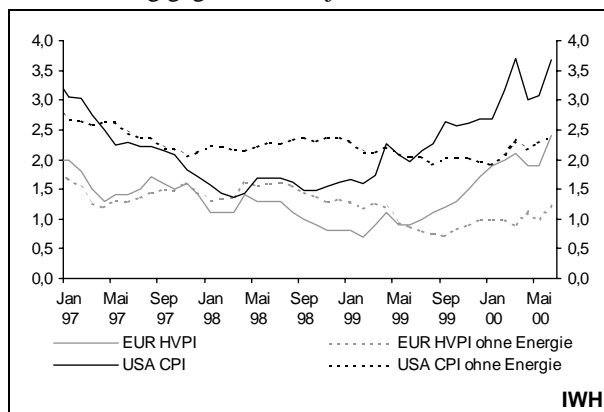
^a Juli 2000: Durchschnitt der ersten 17 Tage des Monats.

Quellen: Europäische Zentralbank; Federal Reserve.

nem zusätzlichen Teuerungsimpuls infolge einer weiteren Abwertung der Währung entgegenzuwirken. Insofern besteht über den Wechselkurs eine gewisse Abhängigkeit von der Geldpolitik im Ausland und dabei insbesondere von der US-amerikanischen Geldpolitik. Es erstaunt daher nicht, dass die Zinserhöhungen der EZB und des Federal Reserve Board – wenn auch mit zeitlichen Verzögerungen – parallel verliefen. Dabei war es die US-Notenbank, die angesichts einer bereits länger andauernden Aufschwungsphase, in der der Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes über dem Potentialwachstum liegt, das Tempo vorgab. Entsprechend hat sich die Zinsdifferenz zwischen dem Euroraum und den USA weder im kurz- noch im langfristigen Bereich nennenswert geändert. Die kurzfristigen Zinsen in den USA liegen um rund 2¼ Prozentpunkte, die langfristigen um knapp einen Prozentpunkt über denen im Euroraum (vgl. Abbildung 1). Dass der Euro dennoch abermals an Wert verlor, dürfte daran liegen, dass die seit längerem erwartete Konjunkturabschwächung in den USA bisher nicht eingetreten ist und die Finanzmarktteilnehmer auf konkrete Anzeichen für den Rückgang des Konjunkturgefalles zwischen dem Euroraum und den USA warten, bevor sie dem Euro einen merklichen Sprung nach oben zutrauen (vgl. Abbildungen 2). Auf eine Aufwertung des Euro deuten jedoch weiterhin die stärkere Inflationsentwicklung in den USA und das mit knapp 4 % des Bruttoinlandsproduktes hohe Leistungsbilanzdefizit der USA hin. Auch die längerfristige Entwicklung des Euro bzw. der D-Mark lassen vermuten, dass es mittelfristig zu einer Wechselkurskorrektur kommen wird (vgl. Abbildung 3 und 4).

Während vom Wechselkurs des Euro derzeit noch anregende Wirkungen auf die Konjunktur im Euroraum ausgehen, dürften die kurz- und die langfristigen Zinsen ein neutrales Niveau erreicht haben. Berechnet man die Realzinsen unter Verwendung der Kerninflationsrate, so liegen sie in etwa auf dem langfristigen Durchschnittsniveau der entsprechenden deutschen Zinsen. Die Kerninflationsrate ist derzeit für die Rentabilitätsüberlegungen der Unternehmen maßgeblich, da der ölpreisinduzierte Preisniveauschub zwar die Produzentenpreise erhöht, aber keine Gewinnkomponente inländischer Unternehmen darstellt. Vor diesem Hintergrund scheint es derzeit zumindest aus

Abbildung 4:
Verbraucherpreisindex mit und ohne Energie im
Euroraum und in den USA Jan. 1997 bis Juni 2000^a
- Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in % -



^a Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI) für den Euroraum; Consumer Price Index for All Urban Consumers (CPI) für die USA.

Quellen: EZB; Eurostat; U.S. Department of Labor.

binnenwirtschaftlicher Sicht keinen weiteren geldpolitischen Handlungsbedarf im Euroraum zu geben. Zwar ist für dieses und für das kommende Jahr mit einem kräftigen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes im Euroraum von jeweils reichlich 3 % zu rechnen,¹¹ Verspannungen, die Risiken für die Preisstabilität darstellen könnten, zeichnen sich jedoch nicht ab. So schließt sich zunächst lediglich die zuvor bestehende Produktionslücke, und die moderate Lohnentwicklung bewirkt, dass die Lohnstückkosten im Euroraum nur mäßig zunehmen werden. Bereits gegen Ende dieses Jahres ist zudem eine leichte Verlangsamung in der Konjunkturdynamik angelegt.¹²

Auch die Geldmengen- und die Kreditentwicklung deuten lediglich auf eine kräftige, nicht aber auf eine überschäumende Nachfrageentwicklung hin. Der Zuwachs der Geldmenge M3 liegt seit Anfang des vergangenen Jahres über dem Referenzwert der EZB für das Geldmengenwachstum in Höhe von 4½ %. Inwieweit dieser Zuwachs die Entwicklung der nachfragewirksamen Liquidität widerspiegelt, ist jedoch ebenso in Frage zu stellen, wie die Angemessenheit des Referenzwertes.

So war die Zunahme von M3 in beiden Jahren jeweils im ersten Quartal des Jahres besonders kräftig und zog damit den Durchschnittswert nach oben (vgl. Abbildung 5). Während der Niveau-

sprung zu Beginn der Währungsunion auf Sonderfaktoren in Zusammenhang mit der Einführung des Euro zurückzuführen sein kann, war die kräftige Entwicklung im ersten Quartal dieses Jahres zumindest zum Teil auf eine rege Kreditnachfrage des Privatsektors in der Erwartung wieder steigender Kreditzinsen und auf eine hohe Fusionstätigkeit zurückzuführen. Auch dürften die ausgeprägten Schwankungen an den Aktienmärkten die Liquiditätsvorliebe der Anleger verstärkt haben. Ungeklärt ist zudem, warum gerade in Deutschland im vergangenen Jahr der Anstieg von M3 mit jährlichen Raten von teilweise über 10 % äußerst kräftig war,¹³ obwohl Deutschland eine relativ schwache Konjunktur aufwies und in diesem Jahr ebenfalls zu den Schlusslichtern im Euroraum gehört. Auch Ende März dieses Jahres war der Anstieg des deutschen Beitrags zur Geldmenge M3 im Euroraum mit 6,9 % kräftig und zog den Gesamtanstieg angesichts des hohen Gewichts Deutschlands nach oben. Offen ist in diesem Zusammenhang auch, wie stark die Geldmengenentwicklung dadurch überzeichnet ist, dass im Falle von Geldmarktfonds derzeit statistisch nicht zwischen Euro-Inländern und Euro-Ausländern getrennt werden kann.¹⁴

Abgesehen davon, dass die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes über längere Zeiträume von ihrem gleichgewichtigen Niveau abweichen und damit die Interpretation der Geldmengenentwicklung erschweren kann,¹⁵ ist zudem der Referenzwert der EZB, anhand dessen diese Interpretation vorgenommen wird, niedrig angesetzt worden. Seine 4½ % setzen sich zusammen aus 2¼ % für den Zuwachs des Produktionspotentials, 1½ % für den Anstieg des Preisniveaus und ¾ % für die trendmäßige Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit.¹⁶

¹³ Siehe beispielsweise DEUTSCHE BUNDESBANK: Monatsbericht, Mai 2000, S. 18 f.

¹⁴ Vgl. ebenda, S. 19. – EUROPÄISCHE ZENTRALBANK: Monatsbericht, Juli 2000, S. 9.

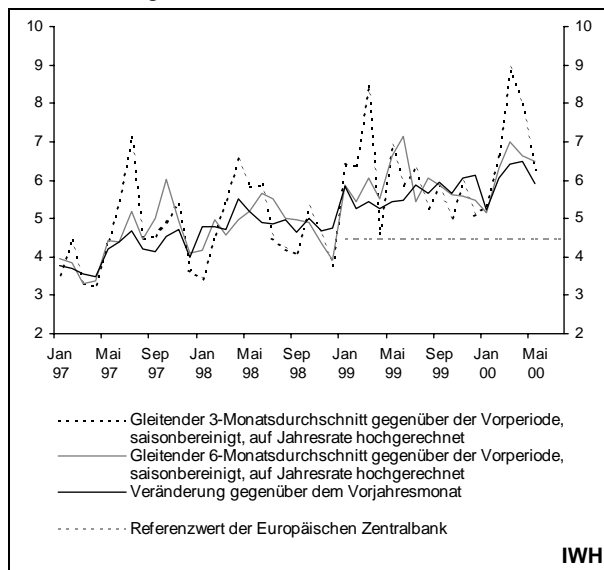
¹⁵ Vgl. SCHUMACHER, C.; TOBER, S.: Unzureichende Indikatoreigenschaften der Geldmenge: Konsequenzen für die geldpolitische Strategie der EZB. IWH-Forschungsreihe 9/1999.

¹⁶ Die Europäische Zentralbank gibt für die einzelnen Raten Spannen an, aus denen die konkreten Werte hier berechnet sind. Im einzelnen sind dies höchstens 2 % bei dem Anstieg des Preisniveaus, 2 % – 2½ % bei dem trendmäßigen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes und ½ % – 1 % bei

¹¹ Siehe auch die Konjunkturanalyse in diesem Heft.

¹² Ebenda.

Abbildung 5:
Entwicklung der Geldmenge M3 im Euroraum
Januar 1997 bis Mai 2000
- Veränderung in % -



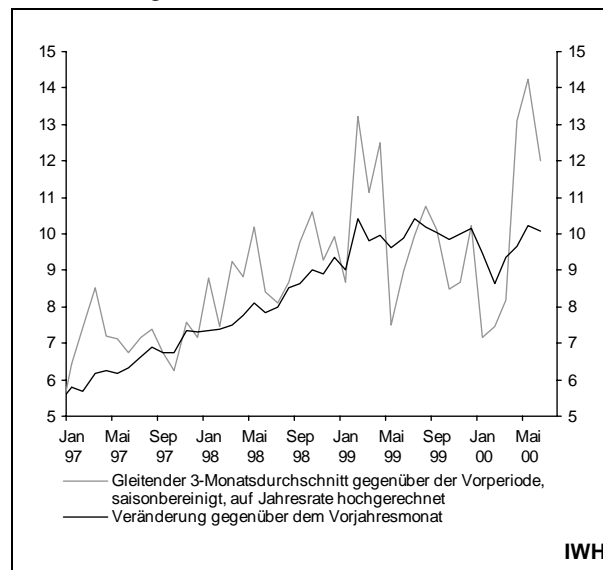
Quelle: Europäische Zentralbank; Berechnungen des IWH.

Alle drei Raten sind als niedrig einzuschätzen. So ergibt sich für die Umlaufgeschwindigkeit ein trendmäßiger Rückgang von jährlich zwischen 1 bis 1½ % und Schätzungen des Potentialwachstums liegen eher bei 2½ %.¹⁷ Angesichts des drastischen Ölpreisanstiegs, der ein Auseinanderklaffen der Steigerungsraten der Verbraucherpreise mit und ohne Energie von knapp einem Prozentpunkt bewirkt hat, wäre es darüber hinaus sinnvoll, dem als stabilitätsgerecht erachteten Geldmengenwachstum in diesem Jahr eine Preisniveausteigerungsrate von 2 % zugrunde zu legen. Es ergäbe sich somit ein Referenzwert von reichlich 5½ % für dieses Jahr. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen signalisiert auch die Geldmengenentwicklung derzeit keinen geldpolitischen Handlungsbedarf, zumal die Zinserhöhungen der vergangenen Monate noch nachwirken werden und sich am aktuellen Rand bei der Geldmengen- wie auch der Kreditentwicklung eher eine Verlangsamung andeutet.

dem Zuschlag für die trendmäßige Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit; vgl. EUROPÄISCHE ZENTRALBANK, Monatsbericht Dezember 1999, S. 10 f.

¹⁷ Vgl. DIW; HWWA; ifo; IfW; IWH; RWI: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1999, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 14/1999, S. 38 ff.

Abbildung 6:
Bankkredite an den Privatsektor im Euroraum
Januar 1997 bis Mai 2000
- Veränderung in % -



Quelle: Europäische Zentralbank; Berechnungen des IWH.

Erweiterung des Euroraums: Langsam und beobachtet

Früher oder später wird auf die geplante EU-Osterweiterung auch eine Ausdehnung des Euro-raums folgen. Und bereits jetzt gibt es mit dem Vereinigten Königreich, Dänemark, Schweden und Griechenland vier EU-Mitgliedsländer, die binnen weniger Jahre auch Teilnehmerländer des Euro-raums werden können. Nach einer erfolgreichen Konvergenzprüfung im Frühjahr dieses Jahres wird Griechenland diesen Schritt bereits zum 1. Januar 2001 vollziehen. Zu den dann 12 Euro-ländern könnten somit in absehbarer Zeit weitere 15 Länder – 3 EU-Länder, die den Euro noch nicht eingeführt haben, und die 12 EU-Beitrittskandidaten – kommen.

Die Vorteile einer Erweiterung sind eben jene, die die Gründung des Europäischen Währungs-systems und später die Europäische Währungs-union motivierten. An erster Stelle steht der Weg-fall von Wechselkursschwankungen, die den Außenhandel beeinträchtigen sowie makroökonomi-sche Ungleichgewichte verursachen können und die Planungssicherheit der Unternehmen ein-schränken. Die durch eine einheitliche Währung erhöhte wirtschaftliche Stabilität dürfte daher ein weniger volatiles und somit stärkeres Wachstum in

den beteiligten Volkswirtschaften ermöglichen. Hinzu kommt eine mögliche Umlenkung von Ressourcen durch das Einsparen von Transaktionskosten, die bei einer Verwendung mehrerer Währungen anfallen. Ein weiterer, oftmals vernachlässigter Vorteil der Europäischen Währungsunion besteht darin, dass die Mitgliedsländer die Möglichkeit haben, die Finanzpolitik der anderen Mitgliedsländer nicht nur zu überwachen, sondern auch zu beeinflussen, und so möglichen Fehlentwicklungen frühzeitig entgegenzuwirken.¹⁸ Binnenwirtschaftliche Ungleichgewichte haben ja auch dann Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Handelspartner, wenn keine Währungsunion besteht – nur dass in diesem Fall kaum Einflussmöglichkeiten im Vorfeld einer krisenhaften Entwicklung bestehen. Durch die Ausweitung des Euroraums dürfte darüber hinaus die internationale Verwendung des Euro auch außerhalb des Euroraums steigen und damit seine Rolle als internationale Reservewährung, wodurch nicht nur die Seignoragegewinne der EZB steigen, sondern auch das gleichgewichtige Zinsniveau im Euroraum infolge einer geringeren Risikoprämie sinken könnte.

Angesichts der derzeitigen Schwäche des Euro stehen diese Vorteile der Währungsunion gegenwärtig nicht im Vordergrund der Diskussion. Auch im Zusammenhang mit der Erweiterung der EU und des Euroraums gibt es eher Befürchtungen, dass diese einen Vertrauensverlust der Finanzmarktteilnehmer in den Euro bewirken könnte. Das geringe wirtschaftliche Gewicht der Beitrittskandidaten – das Bruttoinlandsprodukt der 12 Länder zusammengenommen beläuft sich auf lediglich 6 % des Bruttoinlandsproduktes des Euroraums – lässt eine nennenswerte Beeinflussung der Geldpolitik und des Wechselkurses unwahrscheinlich erscheinen. Dies gilt um so mehr als einem Beitritt zum Euroraum eine Konvergenzprüfung vorausgeht, mit deren Hilfe die realwirtschaftliche Stabilität und der Stand der monetären Integration mit dem Euroraum überprüft wird.

Die Konvergenzprüfung umfasst gemäß des EU-Vertrages vier Bereiche:¹⁹

- Inflation: Die Inflationsrate darf den Durchschnitt der drei niedrigsten nationalen Inflationsraten im Euroraum um nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte überschreiten.
- Budgetdefizit: Ein übermäßiges Defizit darf nicht vorliegen. Die Feststellung eines übermäßigen Defizits orientiert sich an der Höhe des Budgetdefizits (maximal 3 % des Bruttoinlandsprodukts) und der Höhe des öffentlichen Schuldenstands (maximal 60 % des Bruttoinlandsprodukts).
- Wechselkurs: Eine mindestens 2 Jahre dauernde Teilnahme am Wechselkursmechanismus II (WKM II) wird vorausgesetzt. Die Teilnahme muss in dem Sinne spannungsfrei sein, dass der Wechselkurs gegenüber dem Euro in der Nähe des Leitkurses liegt bzw. die normalen Bandbreiten (derzeit +/- 15 %) nicht überschreitet.
- Zinsen: Der durchschnittliche langfristige Nominalzins darf um nicht mehr als 2 Prozentpunkte über dem durchschnittlichen Niveau der entsprechenden Zinsen in jenen – höchstens drei – Mitgliedstaaten liegen, die auf dem Gebiet der Preisniveaustabilität das beste Ergebnis erzielt haben.

Letztlich basiert die Konvergenzprüfung auf einer diskretionären Entscheidung des EU-Rates. Dabei wurden in der Vergangenheit Abstriche bei Teilaspekten der Konvergenzkriterien, insbesondere beim Schuldenstand, gemacht. Um Spannungen innerhalb des Euroraums zu vermeiden und positiv auf die Erwartungen der Finanzmarktteilnehmer zu wirken, erscheint es jedoch sinnvoll, eine sorgfältige und tiefgehende Konvergenzprüfung vorzunehmen. Diese sollte sich nicht nur an konkret bezifferten Messgrößen orientieren, sondern insbesondere die Nachhaltigkeit der Entwicklungen in den einzelnen Bereichen prüfen und dabei auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Beitrittsländer und ihre Fähigkeit, externe Schocks zu verarbeiten, berücksichtigen. So ist beispielsweise bereits im EU-Vertrag vorgesehen, dass nicht nur ein harmonisierter Verbraucherpreisindex zur Bewertung herangezogen wird, sondern auch weitere Preisindizes wie etwa eine Kerninflationsrate, die von einmaligen (gegebenenfalls wirtschaftspoli-

¹⁸ Vgl. TOBER, S.: Die Europäische Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft. IWH, Wirtschaft im Wandel 7/1996, S. 8-13.

¹⁹ Vgl. Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, Art. 121 sowie die dazugehö-

rigen Protokolle. Luxemburg, Amt für öffentliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften 1997.

Tabelle:

Makroökonomische Indikatoren künftiger Teilnehmerländer am Euroraum im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 1998 und 1999^a

	DK	GR	SE	UK	BG	EE	LV	LT	MT	PL	RO	SK	SI	CZ	HU	CY	TR*	EU11
Bruttoinlandsprodukt	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>																	
1999	1,7	3,5	3,8	2,1	2,4	-1,1	0,1	-4,1	4,6	4,1	-3,2	1,9	4,9	-0,2	4,5	4,5	-5,0	2,3
1995–1998	2,7	2,9	2,5	2,9	-2,7	5,9	3,8	5,1	4,6	6,2	-0,1	6,1	4,0	1,9	3,1	3,9	6,2	2,2
Verbraucherpreisindex																		
1999	2,1	2,1	0,6	1,3	2,6	3,3	2,4	6,0	2,1	7,3	45,8	10,6	6,6	2,1	10,3	1,6	64,9	1,1
1995–1998	1,8	5,9	1,2	2,0	322,4	17,9	13,9	19,6	2,9	18,7	71,1	7,1	9,9	9,3	21,1	2,9	83,3	1,9
Wechselkurs zum Euro ^b																		
1999	0,8	1,5	1,2	2,6	0,4	0,9	6,0	4,9	..	-7,3	-38,6	-10,4	-3,7	-1,5	-4,8	-0,3	-34	
1995–1998	0,1	-3,4	0,8	3,9	-45,4	-0,5	0,1	1,6	0,8	-8,8	-32,1	-0,9	-4,8	-1,5	-14,9	0,3	-41	
Budgetsaldo ^c	<i>in % des Bruttoinlandsproduktes</i>																	
1999	3,0	-1,6	1,9	1,2	1,0	-5,3	-3,5	-7,6	-8,6	-3,5	-3,6	-3,0	-0,7	-4,3	-5,7	-5,0	-12,1	-1,2
1995–1998	0,2	-5,2	-1,2	-2,0	-5,8	-1,4	-0,9	-4,1	-8,6	-2,9	-5,4	-4,2	-1,0	-2,0	-5,6	-3,8	-6,8	-3,5
Staatsverschuldung ^c																		
1999	52,6	104,4	65,5	46,0	87,1	6,6	13,0	28,3	80 ^f	43,3	26,2	29,7	24,6	13,4 ^f	60,6	62,1	..	72,1
1995–1998	60,6	108,4	74,5	50,6	99,0	6,3	12,1	21,7	74,5	48,3	17,0	29,0	22,1	13,7	71,4	55,7	..	74,2
Leistungsbilanzsaldo																		
1999	1,3	-1,3	2,6	-1,4	-5,5	-6,2	-10,2	-11,2	-3,5	-7,6	-3,4	-5,7	-3,0	-2,0	-4,3	-3,0	-0,9	0,4
1995–1998	0,5	-1,9	3,0	0,0	0,9	-8,7	-5,9	-10,4	-8,4	-1,2	-7,2	-7,3	0,1	-4,6	-4,1	-4,5	-0,5	1,0 ^e
Arbeitslosenquote ^d	<i>in % der Erwerbspersonen</i>																	
1999	5,2	10,7	7,2	6,1	16,0 ^f	11,7	13,8 ^f	13,3 ^f	5,3	12,0	6,3 ^f	12,5 ^f	7,9 ^f	8,8	7,1	3,7	7,3	10,0
1995–1998	6,2	9,8	9,2	7,6	14,9	9,9	16,4	15,3	4,7	11,9	6,8	12,2	7,5	4,8	9,4	3,1	6,5	11,4

DK: Dänemark, GR: Griechenland, SE: Schweden, UK: Vereinigtes Königreich, BG: Bulgarien, EE: Estland, LV: Lettland, LT: Litauen, MT: Malta, PL: Polen, RO: Rumänien, SK: Slowakische Republik, SI: Slowenien, CZ: Tschechische Republik, HU: Ungarn, CY: Zypern, TR: Türkei, EU11: Euroraum.

^a Angaben für 1999 beruhen teilweise auf Schätzungen. – ^b Ein Minuszeichen entspricht einer Abwertung. – ^c Für DK, GR, SE und UK bezieht sich der Durchschnitt auf die Jahre 1996 bis 1998. – ^d Standardisierte Arbeitslosenquote mit Ausnahme von Zypern. – ^e 1997 bis 1998. – ^f 1998.

* Nachrichtlich. Die Türkei ist ein offizieller Beitrittskandidat, Beitrittsverhandlungen sind jedoch noch nicht aufgenommen worden.

Quellen: EBRD; Eurostat; EZB; IWF; OECD; ECE/UN; Berechnungen des IWH.

tisch induzierten) Sondereffekten abstrahiert. Entsprechend kann der Leistungsbilanzsaldo Informationen über die Nachhaltigkeit der Wechselkursentwicklung liefern, und die Solvenz des Bankensystems wie auch die Verschuldung von Unternehmen mit Staatsbeteiligung beinhaltet Informationen über die mittelfristige fiskalische Situation des jeweiligen Landes.

Mit dem Beitritt zur EU treten die Zentralbanken der neuen Mitgliedsländer automatisch dem Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) bei. Stimmrecht haben sie allerdings nur im erweiterten Rat des ESZB, der sich mit Fragen der monetären Integration von Ländern, die dem Euroraum noch nicht angehören, befasst. Mitglied im eigentlichen geldpolitischen Entscheidungsgremium – dem EZB-Rat – erhalten die Länder erst, wenn sie nach erfolgreicher Konvergenzprüfung den Euro einführen. Ob allerdings ein geldpolitisches Entscheidungsgremium mit 33 Entscheidungsträgern – 27 Vertreter der nationalen Zentralbanken

und 6 Direktoriumsmitglieder – einer effizienten institutionellen Struktur entspricht, ist zweifelhaft. Überlegungen über eine Bündelung der Vertretung einzelner kleiner Länder sollten frühzeitig angestellt werden, um zu verhindern, dass es kurz vor den Beitritten zu unnötigen Verstimmungen und damit Verunsicherungen kommt. Da die Mitglieder des EZB-Rates keine nationalen Interessenvertreter sind, sondern unabhängige geldpolitische Sachverständige, die gegebenenfalls über Entwicklungen in einzelnen Regionen besonders gut im Bilde sind, müsste eine sorgfältig vorbereitete institutionelle Reform des ESZB ohne größere Reibereien zu bewerkstelligen sein.

Dies gilt um so mehr, als sowohl bis zum EU-Beitritt der derzeitigen Kandidaten als auch während der Übergangsfrist zwischen EU-Beitritt und Übernahme des Euro noch viele Jahre verstreichen dürften.

Silke Tober
(sit@iwh-halle.de)

Inflexibilitätseffekte der Geringfügigkeitsgrenze auf dem Arbeitsmarkt

Die Geringfügigkeitsgrenze von 630 DM pro Monat definiert den Bereich, bis zu dem Erwerbseinkommen sozialversicherungsfrei sind. Zudem machen Steuervorteile diese Jobs attraktiv. Ein Überschreiten der Schwelle ist mit erheblichen Einkommensverlusten für die Beschäftigten bzw. Kostenbelastungen der Betriebe verbunden. Um diese zu vermeiden könnten Arbeitnehmer und -geber Arbeitsverträge für ausschließlich geringfügige Beschäftigung auf die Geringfügigkeitsgrenze beschränken. Die Geringfügigkeitsgrenze würde wie eine Mauer wirken und die Flexibilität bei der Vertragsgestaltung verringern.

Durch die Ausweitung der Geringfügigkeitsgrenze von 520 auf 630 DM in Ostdeutschland zum 1. April 1999 lässt sich diese These empirisch testen. Dabei wird von der Überlegung ausgegangen, dass ausschließlich geringfügig Beschäftigte und deren Arbeitgeber diesen Freiraum für Arbeitsverträge mit höheren Verdiensten nutzen. Ein Vergleich der Verteilungen der Monatsverdienste geringfügig Beschäftigter von 1998 und 1999 zeigt eine deutliche Verschiebung der Löhne von 520 DM zu 630 DM.

Allerdings betrifft dies nur den kleineren Teil der Beschäftigungsverhältnisse. Die Mehrheit der Arbeitsverträge schöpft nicht einmal die jeweils gültige Geringfügigkeitsgrenze voll aus. Die Hypothese von Inflexibilitäten durch die Geringfügigkeitsgrenze wird damit zwar bestätigt, ein ernstzunehmendes Hindernis scheint sie in Ostdeutschland jedoch nur in einer eher geringen Anzahl von Fällen zu sein.

Flexibilisierungsmöglichkeiten durch geringfügige Beschäftigung

In der öffentlichen Diskussion wird geringfügige Beschäftigung häufig als Flexibilitätspotential im regulierten deutschen Arbeitsmarkt angesehen.²⁰ Tatsächlich können Unternehmen geringfügig Beschäftigte relativ unkompliziert zum Abfe-

dern von Auftragsspitzen oder für saisonale Tätigkeiten einsetzen. Darüber hinaus gilt geringfügige Beschäftigung als eine der wenigen Möglichkeiten, „einfache“ Arbeit auch in Deutschland bezahlbar zu machen.²¹ Durch ihre Befreiung von Sozialversicherungsabgaben stellt sie zudem für Studierende, Haushaltsführende und Rentner bei bereits bestehender Mitgliedschaft in einer Krankenkasse eine attraktive Variante des Hinzuverdienstes in entsprechenden Lebenssituationen dar.²²

Geringfügige Beschäftigung ist demnach ein Ausnahmebereich des Arbeitsmarktes, der flexiblere Reaktionen der Arbeitsmarktakteure ermöglicht.²³ Allerdings kann die notwendige Setzung einer Obergrenze für einen sozialversicherungsfreien Verdienst auch zu Inflexibilitäten führen, wenn Arbeitgeber und -nehmer über der Grenze liegende Entgelte vereinbaren wollen.

Deutlicher Einkommensverlust bei Überschreiten der Geringfügigkeitsgrenze

Mit dem Überschreiten der Geringfügigkeitsgrenze werden die Sozialversicherungsbeiträge in voller Höhe fällig.²⁴ Bei einem Monatseinkommen

²⁰ Vgl. zum Beispiel BERTHOLD, N.: 620-DM-Jobs: Insel der Flexibilität im Meer der Regulierung, in: Volkswirtschaftliche Korrespondenz der Adolf-Weber-Stiftung, Nr. 2/98 und FUEST, C.; HUBER, B.: Eine beschäftigungsfreundliche Reform der 620-DM-Arbeitsverhältnisse, in: Wirtschaftsdienst, Nr. XI/1998, S. 645-651.

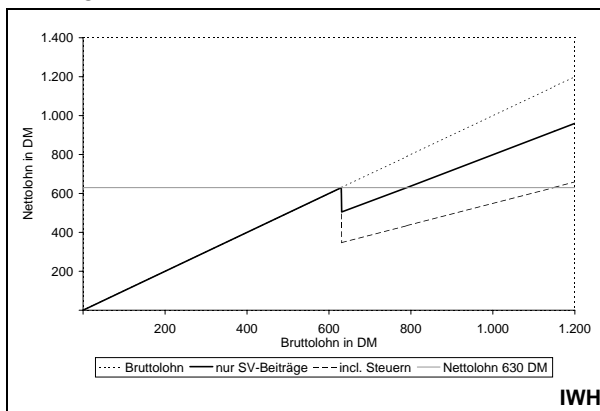
²¹ Wenngleich ein Vorteil wohl in der Nichtgewährung von tariflichen bzw. gesetzlichen Leistungen besteht. Vgl. dazu DINGELDEY, I.: Lässt sich die Zahl geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse über Steuern und Sozialabgaben gezielt beeinflussen?, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 12/1998, S. 863-871.

²² Vgl. KOLB, J.; WERWATZ, A.: Eine Längsschnittanalyse geringfügiger Beschäftigung, in: BÜCHEL, F.; DIEWALD, M.; KRAUSE, P.; MERTENS, A.; SOLGA, H. (Hrsg.): Zwischen drinnen und draußen – Arbeitsmarktchancen und soziale Ausgrenzung in Deutschland. Opladen 2000, S. 153-164.

²³ Zu den Nachteilen eines solchen Systembruchs im Rahmen der sozialen Sicherung vgl. auch BUCH, H.: Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse – Scheinselbständigkeit und geringfügige Beschäftigung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Frankfurt am Main u. a. 1999.

²⁴ Im Gegenzug dazu erwirbt der Beschäftigte zwar Ansprüche an die Sozialversicherung. Da die meisten geringfügig Beschäftigten jedoch bereits zumindest krankenversichert sind, ist diese Option häufig nicht attraktiv. Ansprüche gegenüber der Renten- und Arbeitslosenversicherung verringern den Einkommensverlust der geringfügig Beschäftigten, wenn sie in ihr Kalkül miteinbezogen werden. Allerdings macht bisher nur ein kleiner Teil der geringfügig Beschäftigten von der neuen Möglichkeit Gebrauch, die Beiträge zur Rentenversicherung freiwillig aufzustocken. Dies deutet darauf hin, dass das Interesse an beitragsäquivalen-

Abbildung 1:
Brutto- und Nettoverdienst an der Geringfügigkeitsgrenze für ausschließlich geringfügig Beschäftigte im Jahr 2000



Annahme: Sozialversicherungsbeiträge 20 %, Grenzsteuersatz 25 %.

von 630 DM sind Netto- und Bruttoeinkommen noch identisch. Ein alleinstehender Arbeitnehmer mit einem Bruttolohn von 631 DM verdient netto hingegen nur 505 DM.²⁵ Ein Mehrverdienst führt paradoxerweise zu merklichen Einkommensverlusten. Erst ab einem Bruttoverdienst von knapp 790 DM erreicht ein Beschäftigter wieder ein Nettoeinkommen von mehr als 630 DM (vgl. Abbildung 1). Noch ausgeprägter fällt dieser Effekt bei verheirateten Arbeitnehmern ins Gewicht. Bei Ehepaaren werden geringfügige Verdienste unabhängig von der Höhe des Haushaltseinkommens nicht in die Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens einbezogen. Mit dem Überschreiten der Geringfügigkeitsgrenze erfolgt eine Besteuerung des gesamten Lohnes entsprechend des individuellen Grenzsteuersatzes des Haushaltes. Im deutschen Einkommensteuersystem mit Ehegattensplitting und progressiver Besteuerung führt dies zu einer Verringerung des Haushaltseinkommens.²⁶ Unter der Annahme eines Grenzsteuersatzes von 25 % sinkt das Nettoeinkommen bei einem

Bruttoverdienst von 631 DM um weitere 158 DM auf 347 DM (vgl. Abbildung 1).

Negative Auswirkung auf Flexibilität möglich

Diese Unattraktivität des Übergangs von geringfügiger zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung hat verschiedentlich zur Formulierung der These geführt, dass die Geringfügigkeitsgrenze wie eine Mauer wirkt.²⁷ Danach werden Arbeitsverträge oberhalb der Geringfügigkeitsschwelle solange verhindert, bis ein (deutlich) höheres Nettoeinkommen erzielbar ist.

Genauer kann es für die Arbeitsmarktakeure in einem bestimmten Segment sogar rational sein, Arbeitsverträge auf die Geringfügigkeitsgrenze zu beschränken, selbst wenn sie ohne diese Schwelle einen höheren Verdienst vereinbaren würden. Damit verringert die Geringfügigkeitsgrenze aber auch die Flexibilität für Arbeitnehmer und -geber in Bezahlung und Arbeitszeit.²⁸

Für einen geringfügig Beschäftigten ist es schließlich keine realistische Alternative mehr zu arbeiten, wenn sein Erwerbseinkommen bereits an der Geringfügigkeitsschwelle liegt. Dies zeigen die obigen Berechnungen. In der gleichen Situation kann ein Unternehmen sein durch geringfügig Beschäftigte geleistetes Arbeitsvolumen nur durch eine teurere Neueinstellung erhöhen. Zudem werden die Spielräume zur Zahlung von zum Beispiel Motivationszulagen durch die Obergrenze eingeschränkt. Das Flexibilisierungspotential von sozialversicherungsfreier Beschäftigung wird also durch die immanente Obergrenze beschnitten.

Keine ausgeprägte Lücke oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze 1998 in Ostdeutschland feststellbar

Bisher ist jedoch unklar, ob der theoretische Befund, die Geringfügigkeitsgrenze könne eine Mauer darstellen, auch empirische Relevanz hat. Als ein Anhaltspunkt dafür wird häufig die niedrige Besetzung im Verdienstbereich oberhalb der Geringfügig-

ten Leistungen aus der Sozialversicherung unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nur gering ist. Vgl. dazu ISG; KIENBAUM: Geringfügig Beschäftigte nach der Neuregelung des „630-DM-Gesetzes“, Köln/Düsseldorf, 1999.

²⁵ Bei einem angenommenen Arbeitnehmeranteil in der Sozialversicherung von 20%.

²⁶ Vgl. zum Beispiel MEINHARDT, V.; SCHUPP, J.; SCHWARZE, J.; WAGNER, G.: Einführung der Sozialversicherungspflicht für 610-Mark-Jobs und Abschaffung der Pauschalbesteuerung, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 45/97, S. 895-897.

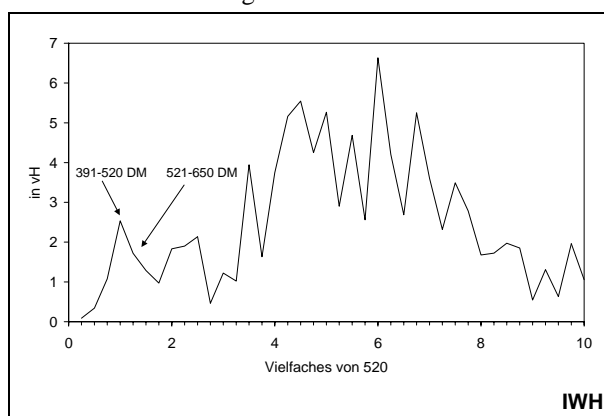
²⁷ Vgl. BERTHOLD, N., a. a. O., Nr. 2/98. – FUEST, C.; HUBER, B., a. a. O. und WAGNER, G.: Die Reform der 620-DM-Jobs: Stückwerk, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 49/98, S. 873-877

²⁸ Vgl. KOLB, J.; TRABERT, L.: Geringfügige Beschäftigung – notwendige Reformen und die Hürde der versicherungsfremden Leistungen. IWH-Diskussionspapiere Nr. 45. Halle 1996.

gigkeitsgrenze angeführt. Fuest/Huber/Riphahn belegen mit Daten des Sozio-oekonomischen-Panels (SOEP) für die Jahre 1984, 1990 und 1996 in Deutschland eine unterschiedlich starke Lücke im Bereich oberhalb der jeweiligen Geringfügigkeitsgrenze.²⁹ Dazu berechnen die Autoren die Besetzungsdichte in Lohnintervallen, die schrittweise um 25 % von der Geringfügigkeitsgrenze abweichen.

Mit dem gleichen methodischen Vorgehen und Daten des SOEP³⁰ lässt sich ein solches Ergebnis 1998 für Ostdeutschland nicht eindeutig zeigen (vgl. Abbildung 2). Danach lagen 2,5 % der Erwerbstätigen in Ostdeutschland im Intervall von 390 bis 520 DM. Dieser Bereich ist im Niedrigverdienstsektor zwar am dichtesten besetzt. Ein besonders ausgeprägtes Absinken der Fallzahlen im Intervall von 521 bis 650 DM kann jedoch nicht festgestellt werden. Mit 1,7 % der Erwerbstätigen liegt der Anteil hier immer noch über den Werten in den vorderen Intervallen des Geringfügigkeitsbereichs.

Abbildung 2:
Besetzungsdichte von Bruttoverdienstsintervallen als Vielfaches der Geringfügigkeitsgrenze 1998 in Ostdeutschland (Intervallbreite: 130 DM)
- in % der Erwerbstätigen -



Datenbasis: Das Sozio-oekonomische Panel 1998; hochgerechnete Werte, n=1775; Berechnungen des IWH.

Aber auch die Existenz einer solchen Lücke wäre nicht zwangsläufig Ergebnis der Geringfügigkeitsgrenze.

gigkeitsgrenze. Tatsächlich können auch restriktive Anrechnungsregelungen auf Sozialtransfers, arbeitsorganisatorische Anforderungen und die Zeitbudgets der Beschäftigten Jobs für zum Beispiel 800 DM unattraktiv oder nicht notwendig machen. Die Geringfügigkeitsschwelle ist insofern nur ein denkbarer Täter unter mehreren.

Erhöhung der Geringfügigkeitsgrenze in Ostdeutschland schafft quasi-experimentelle Situation

Zum 1. April 1999 wurden die gesetzlichen Regelungen für geringfügige Beschäftigung geändert.³¹ Ein Aspekt der Neuregelung war die Erhöhung der Geringfügigkeitsgrenze in Ostdeutschland von 520 DM auf 630 DM.

Vor 1999 veränderte sich die Geringfügigkeitsgrenze tendenziell im Einklang mit der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung. Die Ausdehnung auf 630 DM bedeutet jedoch eine Steigerung von mehr als 20 %. Unter der Annahme ansonsten konstanter Einflussgrößen³², sind damit quasi-experimentelle Rahmenbedingungen für die folgende Analyse gegeben. Wenn geringfügige Arbeitsverträge nach der Gesetzesänderung auf deutlich mehr als 520 DM abgeschlossen werden, kann dies auf die Ausweitung der Grenze zurückgeführt werden. Diese dynamische Komponente erlaubt eine erweiterte Betrachtung der Wirkung der Geringfügigkeitsgrenze.

Die Operationalisierung erfolgt über die Monatsverdienste der ausschließlich geringfügig Beschäftigten. Falls die Geringfügigkeitsgrenze tatsächlich eine Mauer darstellt, müsste 1998 ein relativ großer Teil der ausschließlich geringfügig Beschäftigten im Bereich von 520 DM verdienen. 1999 dürfte dies dann für 630 DM gelten, während 520 DM nur noch von untergeordneter Bedeutung sein dürfte.

Die empirische Analyse wird auf der Basis des Arbeitsmarktmonitors Sachsen-Anhalt (AMM) durchgeführt. Der AMM ist eine repräsentative Befragung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

²⁹ FUEST, C.; HUBER, B.; RIPHAHN, R.: Geringfügige Beschäftigung: Arbeitsmarktwirkungen und Reformoptionen, in Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaft, 3/99, S. 213-229.

³⁰ Zum SOEP vgl. zum Beispiel Projektgruppe Sozio-oekonomisches Panel (SOEP): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994, in Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 1/94, S. 5-13.

³¹ Für eine Diskussion der Neuregelung vgl. auch TRABERT, L.: Zwei Schritte vor und einen zurück – Der Streit um die Reform der geringfügigen Beschäftigung – ein Kommentar, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 16/1998, S. 2 und WAGNER, G., a. a. O. Erste empirische Ergebnisse zu den Wirkungen liefern ISG; KIENBAUM, a. a. O.

³² Dazu gehört zum Beispiel die Struktur der geringfügig Beschäftigten.

(15 bis unter 65 Jahre).³³ Für die Untersuchung werden die Daten des AMM der Jahre 1998 und 1999 im Querschnitt verwendet.³⁴

630 DM löst 520 DM als häufigster Verdienst ab

Als Grundlage der Untersuchung dient ein Vergleich der Verteilungen der Nettomonatsverdienste der geringfügig Beschäftigten 1998 und 1999.³⁵ Dazu wird der Einkommensbereich bis zur jeweiligen Geringfügigkeitsgrenze in 52 DM-Intervalle unterteilt und die Besetzungsdichte für jede Klasse berechnet.³⁶ Dabei bilden 520 bzw. 630 DM jeweils die Obergrenze des letzten Intervalls (vgl. Abbildung 3).

Die Abbildung zeigt eine deutliche Verschiebung der Fallzahlen zwischen 1998 und 1999. Während 1998 gut 32 % aller ausschließlich geringfügig Beschäftigten im Lohnintervall von 469-520 DM liegen, sinkt dieser Anteilswert nach der Gesetzesänderung auf knapp 11 %. Das Intervall bis 630 DM konnte 1998 definitionsgemäß keine Rolle spielen. 1999 verdienen jedoch mit Abstand am meisten Personen (25 %) 579 bis 630 DM pro Monat.

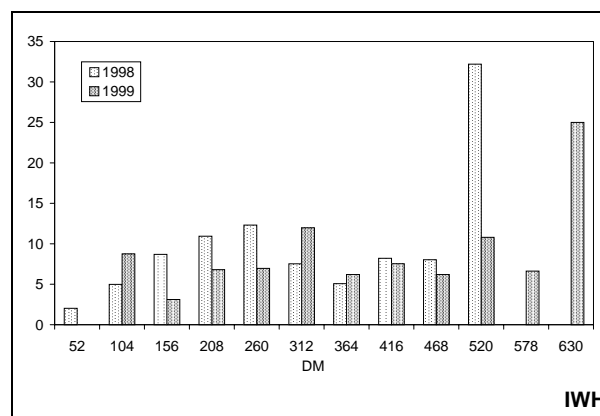
Auch eine Betrachtung der „Grenzgänger“ bestätigt dieses Ergebnis. 1998 verdienten knapp 17 % der geringfügig Beschäftigten in der Stichprobe genau 520 DM. Der Anteil dieser Verdiensthöhe sinkt 1999 auf unter 3 %. Stattdessen arbeiten 17 % der Beschäftigten für exakt 630 DM pro Monat.

Bemerkenswert ist jedoch auch die Tatsache, dass die jeweilige Geringfügigkeitsgrenze für den Großteil der ausschließlich geringfügig Beschäftigten in Ostdeutschland augenscheinlich keine Rolle spielt. Über 80% von ihnen liegen mit ihren Monatsverdiensten mehr oder weniger deutlich unterhalb der 520 bzw. 630 DM-Schwelle.

Abbildung 3:

Häufigkeitsverteilung der Nettomonatsverdienste von ausschließlich geringfügig Beschäftigten 1998 und 1999 in Sachsen-Anhalt

- in % -



Datenbasis: Arbeitsmarktmontitor Sachsen-Anhalt 1998, 1999; hochgerechnete Werte, n₁₉₉₈=140, n₁₉₉₉=104;

Quelle: Berechnungen des IWH.

Fazit

Die Ergebnisse der empirischen Analyse zeigen zweierlei. Zum einen scheint die These, dass die Geringfügigkeitsgrenze wie eine Mauer wirkt durchaus begründet. Anders ist die deutliche Verschiebung von 520 zu 630 DM sowohl bei der Intervall- als auch der konkreten Schwellenwertbetrachtung kaum zu erklären. Verdienste, die vor der Gesetzesänderung nicht möglich waren, werden nun realisiert.

Dabei soll mit dieser Untersuchung nicht bestritten werden, dass geringfügige Jobs ein erhebliches Flexibilitätspotential für Arbeitnehmer- und -geber bieten. Die Unattraktivität des Übergangs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse beeinflusst jedoch die Ausgestaltung von Arbeitsverträgen und dürfte auch zu Inflexibilitäten führen.

Zum anderen scheinen die resultierenden Störungen des Arbeitsmarktgeschehens begrenzt zu sein. Die Mauer existiert offensichtlich nur für einen Teil der ausschließlich geringfügig Beschäftigten, da lediglich 17 % den maximal möglichen Verdienst erreichen. Die Mehrheit der Beschäftigungsverhältnisse schöpft hingegen nicht einmal die jeweilige Geringfügigkeitsgrenze voll aus.

Jürgen Kolb
(jko@iwh-halle.de)

³³ Zum AMM vgl. WIENER, B.: Arbeitsmarktdaten Sachsen-Anhalt, Forschungsbeiträge zum Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt, Band 8. Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit. Magdeburg 1995.

³⁴ Der AMM 1999 enthält zwar explizit auch retrospektive Informationen über geringfügig Beschäftigte für das Jahr 1998. Allerdings ist bei den entsprechenden Fragen die Ausfallquote teilweise relativ hoch, sodass eine empirische Auswertung problematisch wäre.

³⁵ Die Bruttomonatsverdienste sind im AMM nicht verfügbar.

³⁶ Die Schrittweite von 52 DM wurde gewählt, um gleiche Klassenbreiten zu gewährleisten. Das Intervall von 571 bis 630 DM ist zwar etwas größer. Dies bleibt jedoch ohne Folgen für die Besetzungsdichte.

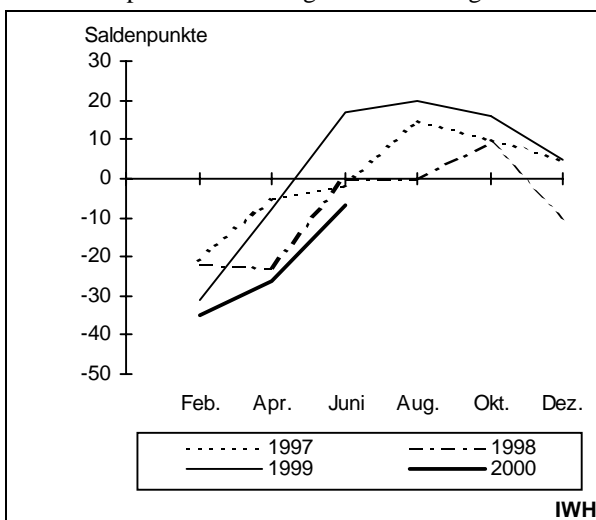
Ostdeutsches Baugewerbe im Juni 2000: Jahreszeitlich bedingte leichte Belebung der Geschäfte setzt sich nicht in den Geschäftserwartungen fort

Laut Umfrage des IWH im Monat Juni hält zwar der saisonbedingte Aufwärtstrend bei der Geschäftslage weiter an, die Stimmung bleibt jedoch in allen Sparten deutlich unter Vorjahresniveau. Es wird der schlechteste bislang in einem Sommer gemessenen Wert erreicht. Im Bauhauptgewerbe überwiegen mit 57 % eindeutig die Pessimisten gegenüber den Optimisten. Ausschlaggebend dafür ist vor allem die äußerst prekäre Auftragssituation im Hochbau. Die Geschäftslage ist hier gegenüber dem Vorjahr sogar um 27 Punkte gefallen. Laut amtlicher Statistik unterschreiten die Auftragsein-

nehmen laufen die Geschäfte nach eigenen Angaben wieder „gut“ oder „eher gut“. Das Vorjahresniveau mit mehr als zwei Drittel Optimisten bleibt aber auch hier unerreicht. Insgesamt bewerten 44 % der Bauunternehmen die Geschäftslage mit „eher schlecht“ und 9 % mit ausgesprochen „schlecht“. Dagegen liegen die Anteile der Unternehmen mit „guter“ bzw. „eher guter“ Lage nur bei 13 % bzw. 34 %.

Die Geschäftsaussichten der Unternehmen deuten darauf hin, dass sich die Produktionsrückgänge in unverminderter Stärke bis zum Jahres-

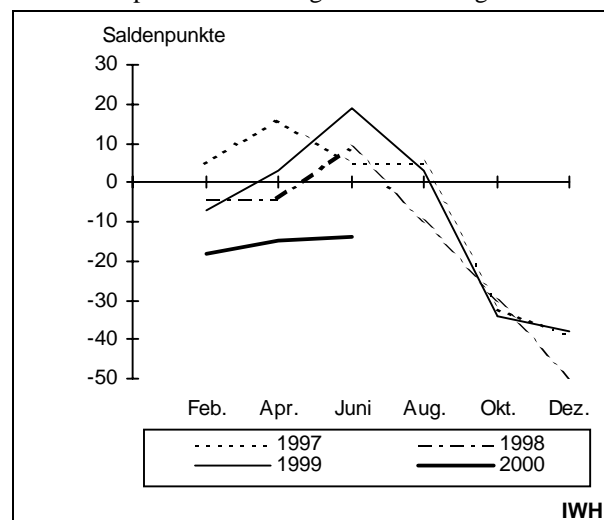
Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Bauumfragen.

gänge im Hochbau das Vorjahresniveau für die ersten vier Monate um mehr als 20%. Überdurchschnittlich nimmt dabei das Auftragsvolumen im Wohnungs- und Wirtschaftsbau ab, aber auch der öffentliche Bau weist mit 14% einen nicht unerheblichen Orderverlust aus. Im Tiefbau konzentrieren sich die Auftragsrückgänge mit 11 % auf den Straßenbau. Trotz der leichten Besserungstendenzen im sonstigen öffentlichen und gewerblichen Tiefbau bleiben die Tiefbauunternehmen alles in allem bei ihrer überwiegend schlechten Bewertung der Gesamtlage. Für das Ausbaugewerbe konnte sich dagegen der Indikator aus dem negativen Zahlenbereich lösen. Bei 55 % der Ausbauunter-

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Bauumfragen.

ende fortsetzen werden. Erstmals seit Beginn der Befragung 1993 bleiben die Erwartungen der Unternehmen zum Jahresausklang überwiegend skeptisch. Das „Hoch“ vom Vorjahr wird von keiner der Sparten erreicht. Der Pessimismus ist vor allem im Bauhauptgewerbe ausgeprägt. Dagegen befinden sich im Ausbaugewerbe die Optimisten per saldo auch hinsichtlich der Geschäftsaussichten im Übergewicht. Die Ertragserwartungen werden allerdings von beiden Bereichen überwiegend pessimistisch eingeschätzt.

Brigitte Loose
(blo@iwh-halle.de)

Tabelle

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe – Juni 2000

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Juni 99	Apr 00	Juni 00	Juni 99	Apr 00	Juni 00	Juni 99	Apr 00	Juni 00	Juni 99	Apr 00	Juni 00	Juni 99	Apr 00	Juni 00
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	15	8	13	44	29	34	35	51	44	7	12	9	17	-26	-7
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	11	8	10	42	26	33	40	52	46	7	14	11	7	-34	-14
darunter ^b															
Hochbau	13	10	12	44	27	32	40	48	46	4	15	10	14	-28	-13
Tiefbau	9	3	7	41	24	34	38	62	46	12	12	13	0	-47	-18
Ausbaugewerbe	21	9	19	47	35	36	26	48	39	6	8	6	38	-13	10
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	18	11	17	39	24	31	36	45	36	8	21	16	12	-31	-3
20 bis 249 Beschäftigte	17	7	14	43	32	33	34	51	46	7	10	7	19	-21	-6
250 und mehr Beschäftigte	0	7	0	53	31	42	47	62	33	0	0	25	7	-23	-17
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	9	4	8	43	23	32	41	62	50	8	11	10	3	-46	-20
Neugründungen	11	5	17	52	38	40	31	42	42	5	15	1	27	-14	13
Bauhandwerk	26	13	19	39	25	35	30	48	34	4	14	12	31	-25	8
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	11	9	8	49	34	35	37	49	46	4	9	11	19	-15	-14
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	8	8	6	45	30	32	43	51	50	4	11	12	7	-23	-23
darunter ^b															
Hochbau	9	10	7	49	31	32	41	49	51	2	11	11	14	-20	-23
Tiefbau	9	5	6	39	30	31	44	54	49	8	11	15	-4	-30	-26
Ausbaugewerbe	14	10	12	58	40	42	25	45	37	4	5	9	43	1	8
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	14	12	10	44	32	38	35	40	39	7	17	13	16	-13	-4
20 bis 249 Beschäftigte	11	9	9	48	37	34	37	48	47	3	6	10	19	-8	-15
250 und mehr Beschäftigte	7	8	0	60	23	42	33	69	41	0	0	17	33	-38	-17
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	5	3	5	46	32	34	44	55	51	5	10	10	2	-29	-22
Neugründungen	14	9	10	54	37	38	32	40	46	1	15	6	35	-10	-3
Bauhandwerk	17	17	9	48	36	41	32	41	36	3	6	14	30	5	1

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.